Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 281. Sonnabend den 1. Dezember. 1849.

Breslau, 30. November.

Vor einigen Tagen hat die „Deutsche Reform" einen neuen Aufruf an die conservative Partei erlassen. Im Hinblick auf die Wahlen zum neuen deutschen Parlament, welche nahe bevorstehen, ermahnt sie die Partei zur ausdauerndsten Einigkeit, und dringt mit allem ihrem Ernst darauf, daß kein Theil dieser Partei keine Schattirung irgend welcher Art sich von dem großen Ganzen absondern möge. Sie hält allen die großen Erfolge vor Augen, welche durch das bisherige Zusammenhalten errungen sind: weist auf die Gefahren hin, welche noch drohen, und wiederholt es, daß Einigkeit allein die Macht verleihen könne, jene Gefahren siegreich zu bestehen.

Die „Deutsche Reform" hat hiermit eine Frage berührt, welche allerdings im Augenblick von großem Gewicht ist, und hat diese Frage natürlich von ihrem Gesichtspunkt und in dem Interesse der Partei entschieden, die sie vertritt. Auch wir haben schon seit längerer Zeit dieselbe Frage uns vorgelegt, aber wir waren, wie wir offen gestehen, mit der Entscheidung so schnell wie die Reform nicht fertig. Der Grund liegt eben in dem Unterschiede ihres und unseres Standpunkts. Sie preist die Ergebnisse der bisherigen Verbindung, wir können, wenn wir auch mehrere gute Früchte derselben anerkennen, doch nicht wie sie so überaus frohlocken über den Gewinn, welchen das Land aus jenem Bündniß davon getragen.

Als im März 1848 der Sturm der Revolution durch ganz Deutschland dahin brauste, als die alte Ordnung der Dinge gegen alle Erwartung auch in Berlin zusammenbrach, da eilte nach den Märztagen Alles, was nicht republikanisch oder demokratisch war, unter die constitutionellen Fahnen. Wir erinnern uns noch sehr lebendig der großen weitverbreiteten Theilnahme, welche die Eröffnung des constitutionellen Vereins in unserer Stadt fand. Der große Saal konnte damals die Menge derer kaum fassen, die sich herzudrängten. Aus allen Ständen und Klassen eilten sie herbei und wenn man sich umsah in dem weiten Kreise, fand man auch eine Masse solcher, denen bis zum März die constitutionelle Idee entweder gleichgültig, oder widerwärtig gewesen war, oder gar als revolutionär gegolten hatte. Alle diese Herren suchten jetzt Schutz und Hilfe gegen die schwere Noth der Zeit im Lager der Konstitutionellen, und als es dann zum Entwurf und zur Annahme eines Manifestes kam, in welchem die Hauptgrundsätze der Partei ausgesprochen wurden, erhob kein einziger von jenen seine Stimme, um etwa gegen den einen oder den anderen dieser Sätze Protest einzulegen. Und doch standen schon damals alle die Sätze klar und rein in jenem Programm, welche dieselben Herren jetzt mit so großem Lärm verurtheilen und verwerfen; als da sind die Verwilligung der Steuern, die Vereidung des Heeres auf die Verfassung, Befreiung der Schulen von der Bevormundung durch die Kirche und u. s. w.

Schon damals erregte diese Mischung der Partei manches Bedenken und manchen Verdacht. Nicht Wenige zweifelten an dem Ernst der Ueberzeugung jener Elemente, die sich der constitutionellen Fahne angeschlossen; allein wenn man diesen und jenen fragte, so erhielt man zur Antwort: die Märztage sind an uns nicht spurlos vorübergegangen, wir haben jetzt die Ueberzeugung gewonnen, daß nur eine constitutionelle Staatsform und nur eine freisinnige den Staat vor weiteren Revolutionen und weiterer Anarchie retten kann. Man glaubte damals theils solchen Worten, theils brachte man die Kraft der Zeit und ihrer Verhältnisse in Anschlag, theils fühlte man die Nothwendigkeit eines Zusammenhaltens gegen die republikanische und nichtrepublikanische Demokratie, welche im unklaren und klaren Bunde alle Dämme zu überfluthen drohte. Allein die Nachtheile dieser Artung von constitutioneller Partei wurden gleich damals gefühlt. Sie machte die Partei nicht nur unpopulär, sie untergrub durch das Mißtrauen, welches sich naturgemäß an sie kettete, all ihren Einfluß auf die mittleren und unteren Schichten, sie knickte mit einem Worte die Früchte ihrer Arbeit, noch ehe diese reif werden konnten. Nichtsdestoweniger hielt man ehrlich zusammen, und rang in unsäglicher Arbeit und Noth den ganzen Sommer hindurch bis tief in den Herbst mit der Demokratie und deren Gelüsten.

Da trat die Krisis des Oktobers und Novembers in Berlin ein. Die Regierung ermannte sich: die Maaßlosigkeit ihrer Gegner selbst gab ihr eine neue Kraft, sie ward der Demokratie in und außer der Kammer Herr und benutzte zunächst mit Mäßigung ihren neuen Sieg. In demselben Augenblicke zeigte sich aber auch der erste Riß in der bisherigen konstitutionellen Partei. Ein Theil derselben, eben jene Elemente, die von vornherein ihrer ganzen Vergangenheit nach wohl gemeint gewesen waren, eine ernste Lanze für das konstitutionelle Prinzip gegen die Demokratie, aber niemals gegen die absolute Monarchie zu brechen, fing an sich abzusondern vom bisher gemeinsamen Lager. Sie hatten es bezogen als ein schützendes Dach gegen den Sturm der Revolution: jetzt als der Sturm vorüber schien, verließen sie es, und fingen an eine eigene Partei zu begründen.

Wir wollen nicht leugnen, daß es damals einen Moment der Unentschiedenheit Seitens der Konstitutionellen gab: aber es war eben nur ein Moment, und in diesem Moment waren jene hier am Ort wenigstens noch nicht entschlossener als diese. Genug, es begann damals zuerst eine Trennung, und es war sehr bezeichnend für diese Lage der Dinge, daß damals der Name der „Konservativen" seit dem März wieder empor und in Umlauf kam. Bei alledem aber erfolgte noch keine Scheidung. Die Regierung gab die Verfassung vom 5. Dezember, sie forderte zu neuen Wahlen auf, diese Verfassung sowohl zu revidiren als anzuerkennen. Wir alle fühlten damals das Gewicht einer Anerkennung dieser Verfassung vor ihrer Revision; diese Anerkennung gerade war es, welche die Demokraten nicht wollten. Sie waren noch immer nicht schwach; im Gegentheil, sie beherrschten noch die weitesten Kreise, und im Hinblick hierauf verbanden sich zum zweitenmale Konstitutionelle und Konservative. Und zum zweitenmale siegte in dieser Verbindung, wenn schon diesmal nicht ohne einigen Kampf, das konstitutionelle Prinzip. Das Programm, welches als Wahl-Programm der Verbündeten angenommen und veröffentlicht ward, giebt hierüber das beste Zeugniß. Jedermann, der an den politischen Fragen Theil nahm, wird sich desselben erinnern.

Wie aber war der Ausfall der gemeinschaftlich durchgekämpften Wahlschlacht? In den Kreisen, in welchen die verbündete Partei bei den Wahlen gesiegt hatte waren zum allergrößten Theil nicht Konstitutionelle, es waren Konservative gewählt worden. Jene hatten wahrlich ehrlich das Ihrige gethan in dem Bunde, aber sie wurden von den Bundesgenossen rücksichtslos bei Seite gedrängt. Der Konstitutionellen Gesichtspunkt war damals: eine wenn auch etwas reaktionäre Kammer ist bei der gegenwärtigen Lage der Dinge für das Vaterland besser, als eine rein demokratische; und diesem Gesichtspunkt getreu, nahmen die Konstitutionellen ohne Klage die Frucht ihres Bundes hin, zumal diese sie keinesweges überraschte.

Unsere Leser erinnern sich, welchen Ausgang diese zweite Versammlung nahm. Konservativ-Konstitutionelle und Demokraten standen sich in ihr mit fast gleichen Kräften, nur mit einem kleinen Uebergewicht der erstern, gegenüber — bis die deutsche Frage den bisherigen Schwerpunkt verrückte und eine neue Auflösung der Kammer bewirkte. Je fester aber in diesem Moment die Regierung sich zeigte, um so entschiedener ward jetzt die konservative Partei. Die deutsche Frage brachte einen weitern Riß in den Bund, der sich vergrößerte, als die Regierung wiederum ein neues Wahlgesetz octroyirte. Und dennoch hielten, als es zu neuen Wahlen kam, Constitutionelle und Conservative zum drittenmale zusammen; sie hielten zusammen, trotzdem daß der bisherige Gegner aus dem Wahlkampfe geschieden war, indem er sich der Wahlen gänzlich enthielt.

Die Constitutionellen hatten früher nicht geschwankt, mit den Conservativen für die Ordnung einzustehen, diese aber standen jetzt nicht mit jenen für die Freiheit ein. Der Ausfall der Wahlen war noch entschiedener in ihrem Sinne, als früher. Kein einziger Mann fast ward in unsern Kreisen gewählt, der das Programm vom Dezember 1848 oder das Manifest vom April zu dem seinigen gemacht hätte. Die Früchte dieser Wahlen liegen vor Aller Augen. Stück für Stück haben diese Kammern die schwerwiegendsten Grundsätze des Constitutionalismus theils abgeschwächt, theils ganz verleugnet; sie haben fast immer nur die Ordnung, in den seltensten Fällen die Freiheit vor Augen gehabt.

Das ist die Geschichte dieses Bundes von Constitutionellen und Conservativen. Wir glauben sie in aller Treue erzählt zu haben und haben an sie erinnert, um der „Deutschen Reform" und deren Partei zunächst nur zu zeigen, daß die Constitutionellen wohl Grund genug haben, keineswegs wieder so rasch und ohne weiteres in den Bund einzutreten, zu welchem die Conservativen sie rufen, und den die „Deutsche Reform" so laut empfiehlt.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

I. Kammer. 77. Sitzung vom 29. November.

Dieselbe wird um 10¼ Uhr eröffnet. Präsident v. Auerswald. Am Ministertisch: v. Brandenburg, v. d. Heydt, Rabe. Als Regierungskommissare fungiren: für den Finanzminister der geheime Finanzrath v. d. Reck, in Assistenz des Justizministers der geh. Rath Bischoff. Mehrere Wahlen wurden genehmigt. Nach einigen nochmaligen Abstimmungen über früher gefaßte Beschlüsse, steht zunächst der Antrag des Abg. v. Seydlitz, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Posen nach Breslau auf der Tagesordnung. Derselbe wird einer Kommission überwiesen. Es folgt der Bericht der Kommission über den Gesetzentwurf in Betreff des Baues der Ostbahn, der westfälischen und Saarbrücker Bahn, so wie der dazu erforderlichen Geldmittel. Abg. v. Brünnek vertheidigt in einer langen Rede bei geringer Aufmerksamkeit den Kommissionsbericht. Abg. Brauns spricht für die pommerschen Interessen und empfiehlt eine in Betreff der Ostbahn eingebrachte Petition. Abg. v. Alvensleben ist nie ein Freund von Zinsgarantien gewesen, damit man sich nicht in Verbindlichkeiten einlasse, die man nicht halten könne, er empfiehlt Sparsamkeit und Gerechtigkeit beim Bau der Bahn. Abg. Goldtammer will eine andere Richtung der Bahn, die er jedoch nicht direkt beantragt. Abg. Nitsch empfiehlt eine Petition von seinen Wählern. Minister v. d. Heydt: Es seien in Betreff der Ostbahn so viele Wünsche ausgesprochen, daß es für die Regierung unmöglich sei, dieselben alle zu berücksichtigen oder zu realisiren. Die Regierung werde aber dahin streben, neben dem Bau der Ostbahn auch noch andere Eisenbahnbauten nach Kräften zu unterstützen, ohne jedoch irgend welche persönlichen Interessen zu berücksichtigen. Die Kammer nimmt auf den Antrag ihrer Kommission den ersten Absatz im § 1 des Gesetzes in Betreff des Baues der Ostbahn an, und beschließt eine Reihe von Petitionen wegen des Baues einer Bahn von Posen nach Breslau dem Handelsministerium zu überreichen. Ebenso wird, nachdem die Abg. Kupfer und Graf Itzenplitz dafür gesprochen, auch Absatz 2 in Betreff der westfälischen Eisenbahn, unter Genehmigung des mit den Bevollmächtigten der früheren Eisenbahngesellschaft abgeschlossenen Vertrages angenommen. Demnächst auch der dritte Absatz über die Saarbrücker Bahn. Es folgt der Art. 2, wonach die Gelder für jene Bauten zunächst aus dem Eisenbahnfonds, demnächst aus einer Anleihe von 21 Millionen Thalern bestritten werden sollen. Abg. Wachler ist gegen eine Anleihe. Die Regierung müsse vollständigere Vorlagen liefern, als bisher geschehen sei. Ein Finanzmitglied habe an dieser Stelle erklärt, daß die preußischen Finanzen sich nicht in so glänzendem Zustande befänden, im Gegentheil ein Defizit aufwiesen, und daher könne man dem Lande keine neue Anleihe aufbürden. Er empfiehlt daher mehr Vorsicht bei Bewilligung dieser 21 Millionen, als von der zweiten Kammer beobachtet wäre. Es sei keine Garantie vorhanden, ob jene 21 Millionen auch zu diesem Zweck verwandt würden. Außerordentlicher Kredit heische außerordentliches Ver-

trauen, das könne man aber nicht auf so lange Zeit vorausgeben. Wer wisse denn überhaupt, ob dieses Ministerium noch längere Zeit bestehen werde und ob ein neues das Vertrauen der Kammern genieße. Er bringt einen Verbesserungsantrag ein, wodurch der Regierung ein außerordentlicher Kredit von 7 Millionen für 1850 und 1851 bewilligt wird. Diesen haben die Abg. Milde, Saegert und v. Rönne mit unterschrieben. Der Handelsminister erklärt, die Regierung werde, wenn man den Verbesserungsantrag annehme, dem Gesetzentwurf ihre Sanktion nicht ertheilen. Der Kommission seien alle erforderlichen Aufklärungen gegeben und er bitte den Verbesserungs-Antrag zurückzunehmen. Abg. Fischer bewilligt nicht einen Pfennig, bevor die Verfassung beschworen sei. Abg. Milde vertheidigt das Amendement von Wachler. Es genüge für die Jahre 1850 und 1851. Die nächste Kammer möge endgültig über das Weitere entscheiden. Der Handelsminister abermals dagegen. Er will die Fonds zum Bau im Voraus gesichert wissen und dies nicht erst der künftigen Kammer aufbürden. Als der Vorredner seinen Posten inne gehabt, habe er 50 Millionen anleihen wollen. Abg. Hansemann erklärt, davon nichts gewußt zu haben; es könne also nicht sein. Handelsminister: allerdings habe man 50 Millionen beschaffen wollen, nämlich durch Obligationen; das sei aber dasselbe. Abg. Hansemann erklärt sich für die 21 Mill., da eine Mobilmachung der Armee 15 Millionen koste und eine solche jetzt immer möglich sei. Nach einigen kurzen weitern Erörterungen wird der Wachlersche Antrag in namentlicher Abstimmung mit 112 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Der Kommissionsantrag wird unverändert angenommen. Schluß $2\frac{3}{4}$ Uhr.

Sitzung der zweiten Kammer.

Eröffnung $12\frac{1}{4}$ Uhr. Präsident Gr. Schwerin. Am Ministertisch v. Manteuffel. Nach einer kleinen Erörterung erklärt die zweite Kammer das Mandat des Abg. Kellner erloschen, weil er zum Regierungs- und Schulrath befördert sei. Demnächst fährt man fort in der Berathung des Ablösungsgesetzes. (Schluß 4 Uhr. *)

Die Verhandlungen vor dem Geschworenen-Gerichte zu Berlin in der Anklage gegen den Ober-Tribunals-Rath Dr. Waldeck und den Kaufmann Ohm: „von einem hochverrätherischen Unternehmen Wissenschaft erhalten, es aber unterlassen zu haben, davon der Obrigkeit Anzeige zu machen.“

(Nach der „Konstitutionellen Zeitung“ und der „Deutschen Reform.“)

(Fortsetzung.)

[Schluß der Auslassung Ohm's.] Zu dieser Zeit trat die einzige Zeitung ins Leben, die den Muth hatte, dieser Partei die Wahrheit zu sagen; schon nach dem 31. Oktober wollte ich mich ihr als Mitarbeiter anbieten, um die Schandthaten der Revolutionäre an den Pranger zu stellen. Anfangs Dezember schrieb ich ihr, und bemerkte zugleich dabei, ich wolle nur die Pläne der Demokraten enthüllen, nicht ihre Personen gefährden. Daraufhin ward ich zu einem Rendezvous bestellt, zu dem Gödsche erschien. Ich gab ihm einige Arbeiten und ward nun als Korrespondent der Neuen Preußischen förmlich engagirt. Ich kannte Gödsche damals noch nicht, wir verkehrten zuerst unter den Namen Walter und Katte, dann unter unserm eignen. Nach und nach ward ich mit Gödsche befreundet. Sein Umgang bestärkte mich noch in meinen Gesinnungen für das Gute. Anfangs Januar übergab ich Gödsche einen Aufsatz über die Umtriebe der Demokraten im vorigen Jahre, der der Ursprung der Piersig'schen Enthüllungen ist.

Man hat mich in der letzten Zeit überall mit Koth beworfen, blos um Waldeck rein zu waschen. So viele von den früheren Revolutionärs haben jetzt Partei gegen jene Schandbuben genommen; warum sollte ich es nicht? Ich habe freilich den Verbrechern gegenüber nicht das Zeichen der Neuen Preußischen aufgesteckt. Das Vaterland wird mir dafür Dank wissen. Ich glaubte, die freie Presse sei nicht dazu da, Soldaten zu verführen, sondern vielmehr meineidige Beamte der Strafe zu übergeben. (Waldeck konnte sich eines Lächelns nicht enthalten.) Ich habe preußisches Blut in den Adern; ich bin stolz darauf, die demokratischen Geheimnisse verrathen zu haben. Ich war Zeuge, wie Lipski sagte: „Könnte ich den Potsdamer Schweinehund erst hängen!“ Ich habe mit den Leuten gesoffen, ich war Zeuge, wie sie ihre Pläne entwarfen, Preußens Städte in Asche zu legen; sollte ich meinen Mitbürgern nicht zurufen: Seht Euch vor, man will Eure Häuser anzünden! Für das Vaterland habe ich Familie und Verwandte aufgegeben.

Ich lernte d'Ester im November v. J. bei Mylius kennen. Hier war damals das Bureau der demokratischen Umtriebe. Hier sah ich auch Waldeck, lernte ihn oberflächlich kennen. Waldeck war überhaupt sehr vorsichtig, verbat sich, daß ihn Demokraten auf der Straße grüßten. D'Ester schloß sich aber sehr an mich an und wollte sogar bei mir wohnen. Er gab mir einmal ein Programm für ein republikanisches Deutschland und Polen; Gödsche ließ es drukken. Dann gab er mir den demoktischen Organisationsplan. Ich hatte viele Papiere von ihm. Gödsche hat mir oft viel Geld geboten, wenn ich ihm diese Papiere ausliefern wollte, ich habe aber nie etwas genommen, als mein geringes Honorar.

Eines Freitags begegnete ich einem alten Bekannten von mir, Namens Haase. Der sagte mir, ein gewisser Grube wolle mich sprechen. Am folgenden Morgen kam Grube zu mir, zeigte mir die Statuten des Todtenbundes, und sagte, es wären Briefe für mich bei Waldeck, und d'Ester ließe mir auftragen, nach Hamburg zu reisen. Ich erzähle das Gödsche und wollte nicht reisen. Gödsche redete mir aber zu, weil wir sonst ja die Pläne der Leute nicht erführen. Ich muß hier bemerken, daß mein Gedächtniß sehr im Kerker gelitten hat, und daß ich also um Entschuldigung bitten muß, wenn ich nicht ganz zusammenhängend erzähle. (Und in der That wurden Ohm's Angaben jetzt so unzusammenhängend und unklar, daß es schwer war, nur einigermaaßen den Sinn zu fassen.) Als ich mich nun Sonntag Morgen anziehe, kommt ein Junge und bringt einen Zettel: ich solle bis Nachmittags warten. Ich fuhr aber doch nach dem Bahnhofe weil ich Gödsche da treffen wollte, und sehe ihn zu meinem Erstaunen reisefertig und abfahren. Als ich Nachmittags zu Grube komme, zeigt er mir einen Brief von d'Ester, und sagt mir, ich solle mir nur die wichtigsten Notizen aufschreiben, der Brief solle zu Waldeck. Das sind die Notizen über die 20 Polen u. s. w. Ich reiste nun sogleich mit Tschinsky nach Hamburg ab. Am Bahnhof dort trifft mich Gödsche und raunt mir zu: Streit's Hotel. Ich ging hin und aß bei ihm. Er holte unterdeß Briefe, die für mich unter der Adresse: Carl Jakobson angekommen waren. Tschinsky kaufte Waffen in Hamburg, und reiste dann mit mir wieder zurück. Ich hatte Gödsche von dem d'Esterschen Briefe erzählt, und wurde nun von ihm fortwährend gequält, ihm den Brief selbst zu zeigen. Ich forderte Grube auf, ihn mir zu bringen und er that es. Mit wahrem Entsetzen las ich ihn Gödsche und seiner Frau vor. Am nächsten Morgen ward ich arretirt.

Ich schwöre vor Gott und allen Menschen, was ich in meiner Zelle habe, ist mein einziger Reichthum. Vor einem Jahre war ich in besseren Umständen. Ich bin auf jedes Urtheil gefaßt.

Der Präsident beginnt jetzt ein kurzes Verhör mit dem Angeklagten.

Fr. Welches war der letzte Zweck der extremen Partei, der Sie sich nach dem März 1848 anschlossen?

A. Demokratisch-sociale Republik.

Fr. Wie sind Sie darüber unterrichtet worden?

A. Von d'Ester; er war die Seele aller Verbindungen.

Fr. Sie nannten ja vorhin Waldeck die Seele der Verbindungen?

A. Ja, man fragte ihn bei Allem, was man vorhatte.

Der Präsident hält ihm die Widersprüche mit seinen früheren Aussagen vor.

A. Die Oeffentlichkeit bewegt mich jetzt, die Wahrheit zu sagen; ich stehe unter dem Schutze der Oeffentlichkeit.

Mit solchen Phrasen beantwortet er noch mehrere Vorhaltungen des Präsidenten.

Die Briefe, die d'Ester geschrieben haben soll, werden ihm vorgelegt; er erkennt sie als von d'Esters Hand an.

Fr. Sie sagten ja in der Voruntersuchung, Sie kennten die Briefe nicht.

A. Da habe ich noch geläugnet; das waren Kniffe.

Fr. Was ging bei Ihrer Verhaftung vor?

A. Man nahm meine Papiere in Beschlag.

Fr. War der Brief von d'Ester darunter?

A. Den wollte ich eben vernichten.

Fr. Weshalb?

A. Ich wollte die Leute nicht verderben.

Fr. Mit wem sind Sie beim Polizei-Präsidenten zusammen gekommen?

A. Mit einem Unbekannten.

Fr. Sie müssen angeben, wer das war.

Ohm verweigert die Antwort. Er wird verlegen, und sieht wiederholt nach dem Zuschauerraum.

Fr. Wie sind Sie geflohen?

A. Ich fuhr mit einer Droschke vor das Potsdamer Thor. Waldeck sah mich dort und kam mir nach auf dem Eisenbahnhof. Ich theilte ihm mit, die Papiere seien in Beschlag genommen. Er sagte: Stellen Sie sich! Läugnen Sie! Verräther!

Fr. Wie kam Waldeck darauf, daß Sie mit ihm sprechen wollten?

A. Er sah mich fahren.

Es werden ihm noch andere Schriftstücke vorgelegt, die er zum Theil als von sich, zum Theil als von d'Ester herrührend anerkennt. Er wird über sein Petschaft befragt, und will zuerst nicht wissen, wie es ausgesehen habe. Nach dem fremden Siegel mehrerer bei ihm gefundenen Briefe gefragt, räumt er ein, daß Gödsche die Briefe erbrochen und mit diesem Siegel wieder verschlossen. Ueber den Schlüssel zu einer Zeichenschrift, den man bei ihm gefunden, weiß er keine andere Auskunft zu geben, als daß er sie sich abgeschrieben habe, will auch den Todtenbund nicht näher kennen.

Fr. Sie hatten die Statuten des republikanischen Bundes, ohne dabei betheiligt zu sein?

A. Ich hatte mich betheiligt, um vielleicht ein großes Unglück vom Vaterlande abwenden zu können.

Ueber die Organisation des Bundes und die Führer befragt, antwortet er zuerst ausweichend: Alle, die jetzt an der Spitze der Demokraten stehen.

Auf wiederholtes Eindringen nennt er Namen wie Köppen, Serk, Rinow, Hirschfeld.

Fr. Was hat der Bund unternommen?

A. Er hat nur Vorbereitungen getroffen, Pechkränze, Waffen und Pulver vertheilt.

Fr. Haben Sie der Obrigkeit Anzeige davon gemacht?

A. Nein.

Fr. Warum nicht?

A. Ich habe Alles Gödsche gesagt.

Fr. Das Gesetz befiehlt aber, der Obrigkeit Anzeige zu machen.

A. Dann habe ich gegen das Gesetz gehandelt.

Der Staatsanwalt Meier will seinerseits ein Verhör mit dem Angeklagten abhalten. Er verliest, zur Einleitung, aus dem Protokollbuch des ehemaligen demokratischen Klubbs das Protokoll der Sitzung vom 31. Oktober, legt auf die Bemerkung eines Richters, daß das Gericht dies Alles nur als unbeglaubigte Angaben betrachten könne, das Protokollbuch auf dem Bureau nieder, und verlangt die gerichtliche Verlesung; der Gerichtshof geht jedoch nicht darauf ein. Er beginnt darauf das Verhör.

Fr. Waren Sie am 31. Oktober im Klubb?

A. Nein.

Fr. Am 3. November?

A. Es ist wohl möglich.

Waldeck's Vertheidiger, Advokat Dorn, wünscht die Frage an den Angeklagten zu richten, ob er damals schon bekehrt gewesen.

A. Ich habe mich nicht mit einem Male, sondern allmälig bekehrt.

Präsident. Wann waren Sie entschieden bekehrt?

A. Als man unter der Firma deutscher Einheit die Revolution vorbereitete.

Man verlangt speziellere Zeitangabe; er kann keine direkte Antworten geben und sagt zuletzt:

Ich berufe mich auf meine Thaten; der Anfang meiner Korrespondenz in die Neue Preußische war Dezember vorigen Jahres.

Der Staatsanwalt fragt:

Wo haben Sie Waldeck kennen lernen?

A. Bei Mylius, als das Militär die Nationalversammlung auseinanderjagte.

Fr. Haben Sie mit ihm gesprochen?

A. Oefters; in der Konversationshalle; ich bin auch am offnen Tage mit ihm auf der Straße gegangen.

Fr. Wie haben Sie seine Bekanntschaft gemacht?

A. Ich war nur entfernt mit ihm bekannt. Er war zurückhaltend und ich wollte mich ihm nicht aufdrängen.

Ein Richter bemerkt, er habe vor einigen Tagen erst in einer Eingabe Zeugen namhaft gemacht, um nachzuweisen daß er mit Waldeck intim bekannt sei.

A. Ich weiß nicht, wie das kam. Ich habe das nicht selbst geschrieben. — Ein Protokollführer hat es aufgenommen.

Der Präsident liest die Stellen aus seinen früheren Vernehmungen, wo er ebenfalls ein intimes Verhältniß zu Waldeck behauptet hat.

A. Ich war nie ganz intim mit ihm: aber ich war oft mit ihm zusammen, namentlich in der Konversationshalle.

Fr. Waren Sie in den Fraktionssitzungen der Linken?

A. Oberflächlich. (Gelächter.)

Fr. Und Sie theilten das mit, was Sie in den geheimsten Sitzungen erfuhren?

A. Ja.

Ohm's Vertheidiger, Advokat Wilberg, wünscht auch eine Frage an seinen Klienten zu richten.

Fr. Sie sagten, Sie hätten ein gutes Gewissen. Sie wollen sogar den Dank des Vaterlandes verdient haben. Wie reimt es sich damit, daß Sie geflohen sind?

A. Ich antworte keinem Vertheidiger, den ich nicht bestellt habe.

(Ohm hat sich nämlich einen Vertheidiger zu wählen geweigert. Es war ihm deshalb der Advokat Licht von Amtswegen bestellt worden, an dessen Stelle dann, weil er verhindert war, Wilberg trat. Wilberg hatte gleich zu Anfang erklärt: er habe seinen Auftrag erst vor wenig Stunden erhalten, sein Klient habe ihm keine Information ertheilt; er müsse deshalb „ganz selbstständig“ handeln.)

Advokat Dorn fragt noch:

Wußte Gödsche, daß Sie sich bekehrt hatten, oder hielt er Sie für einen Theilnehmer der demokratischen Verbindungen?

A. Ich hoffe, daß Gödsche mich nicht für einen Hochverräther hält, und daß er zu meinen Gunsten aussagen wird.

Der Präsident fragt:

Hatten Sie Gödsche von Ihren früheren Gesinnungen gesagt?

O. Ja.

Präsident: Es ist eine geraume Zeit bereits verflossen, ich werde die Sitzung auf eine halbe Stunde vertagen. (Pause.)

Präsident: Die Sitzung wird ihren Fortgang haben.

Herr Ober-Tribunals-Rath Waldeck ich fordere Sie auf, sich auf die Ihnen bekannte Anklage zu erklären und auszulassen.

Waldeck: Ich kann, meine Herren, nicht umhin, zunächst im Gefühle der Entrüstung mich darüber auszusprechen, daß ich nach $6\frac{1}{2}$ monatlicher Haft an diese Stelle gebracht bin, um auf diese Anklage zu antworten. Ich war verhaftet auf einen Verhaftsbefehl, der vom Staatsanwalte ausging und von dem Untersuchungsrichter genehmigt war. Die Beschuldigung lautete auf Hochverrath, sie war aber nicht näher formalisirt, welche Handlung oder Unterlassung mir Schuld gegeben wurde. Im ersten Verhör wurde dieser Fehler redressirt, indem der Untersuchungsrichter mir erklärte, Sie sind beschuldigt eines Attentats gegen das Haus Hohenzollern, gegen das Leben des Königs ....

Präsident: Ich bitte, sprechen Sie ein wenig langsamer.

Waldeck: Ich hatte mich kaum von dem Erstaunen erholt, welches eine solche Ankündigung in mir hervorbrachte. Es wurde mir der Brief vorgelesen, der sich in den Akten befindet und der auf mich den Eindruck, wie er ihn auf Jeden machen muß, der nur ganz entfernt bekannt mit den schriftlilichen und parlamentarischen Leistungen von D'Ester ist, nämlich den Eindruck plumper Erdichtung. Ich sagte auch gleich, daß dieser Brief weder den Schriftzügen noch dem Inhalte nach von D'Ester sei, obgleich ich ihn nicht mit Augen gesehen habe, und es war mir unbegreiflich, wie man mir aus diesem Briefe etwas zur Last legen kann. Darauf ist die Untersuchung weiter fortgegangen, es sind die unerheblichsten Dinge von der Welt erörtert worden, und nun liegt nach dieser langen Zeit das Resultat der Untersuchung grade so vor, wie es nach den ersten 14 Tagen hätte vorliegen können. Es sind darin aus meinen Papieren zwei Briefe von Parteigenossen, einer von Temme aus dem Monat März und einer von dem Graf Görtz, der mich zu einer Volksversammlung zum Oderbruch einladet, mit aufgenommen worden. Als Material dazu noch das Goedschesche Zeugniß und ein Stammbuchblatt. Weiter finde ich kein Resultat in Ansehung der Anschuldi-

---

*) Wegen verspäteten Eintreffens des Berliner Postzuges sehen wir uns genöthigt, den Bericht über die Kammer-Sitzungen in möglichst gedrängter Kürze zu geben. Red.

gung, die mir gemacht ist. Jedenfalls mußte durch die lange Dauer meiner Haft in Jedem die Vermuthung entstehen, daß eine Untersuchung, mit so langer Haft verbunden, auch ein Resultat habe. Dieses Vorurtheil mußte entstehen. Es ist aber ganz irrig. Dadurch allein, daß diese langdauernde Haft eingetreten ist, ist es möglich geworden, in die Anklagen Angelegenheiten zu verweben, die sich lange nach meiner Verhaftung zugetragen haben. Die verschiedenen Aufstände, welche stattgefunden haben, die Beschlüsse des frankfurter Parlaments, und endlich kommt der Nachtheil für mich hinzu, der sehr bedeutend sein kann, der Nachtheil nämlich, daß ich von den wichtigsten Gegenständen der Untersuchung gar keine Kenntniß erhalten habe, z. B. von dem, was den Schlüssel zum Ganzen giebt, von dem Goedscheschen Zeugniß, von der Existenz des Goedscheschen Zeugnisses, denn erst durch die Anklage-Akte habe ich etwas davon erfahren. Ferner suchte man zu ermitteln, ob die Briefe von D'Ester herrühren oder nicht.

Diese Frage, welche die erste hätte sein müssen, kam zuletzt. Es sind über diese Briefe Untersuchungen von Sachverständigen angestellt worden, und ich selbst habe zwei Sachverständige vorgeschlagen, Stenographen aus der Kammer. Der Untersuchungsrichter sagte mir aber, es sei nicht nothwendig, meine Freilassung würde ohne Zweifel gleich erfolgen, nachdem darüber entschieden sei, daß die Briefe nicht von D'Ester herrührten. Allein ungeachtet nun die Falschheit die Briefe festgestellt ist, ist dieselbe noch nicht erfolgt.

Was nun die Anklage selbst betrifft, so ist dieselbe Ursache einer viel größeren Beschwerde für mich. Ich kenne kein Beispiel in den Annalen der Justiz, daß eine Anklage so zusammengesetzt worden ist, wie diese. Die Verschwörung, die man mir zur Last legt, ist darin auf so künstliche Weise verwebt mit den Thatsachen, die sich im vorigen Jahre ereignet haben, und mit den Ereignissen, welche nach meiner Verhaftung erfolgt sind, so wie mit den Gesinnungs-Aeußerungen von Partei-Genossen, daß daraus der Schluß hervorgeht, ich hätte wohl von jenen Unternehmungen, die im Allgemeinen schon genannt, und in jenem Briefe speziell wiederholt sind, Kenntniß haben müssen. Ich muß nun von vornherein bei meiner Erklärung, die ich genöthigt bin, darüber zu geben, bemerken, daß ich zunächst nur auf das eingehe, was Gegenstand der Untersuchung meiner Mitwissenschaft von dieser Ohmschen Verschwörung ist, und dann werde ich erst auf das Andere eingehen. Hierbei kann ich übrigens nicht umhin, zu erwähnen, daß meine Lage ganz außerordentlich unangenehm ist; denn es mag wohl Nichts unangenehmer sein für einen Angeklagten, dem Publikum gegenüber, welches vielleicht anderer politischer Ansicht ist, als über seine politische Thätigkeit Rechenschaft zu geben und zugleich vor Gericht zu stehen. Es ist eine sehr unangenehme Lage, worauf ich auch den Gerichtshof die gehörige Rücksicht zu nehmen bitte, wenn ich in meinen Erklärungen vielleicht irgend einen Anstoß geben sollte, den ich aber gewiß zu vermeiden suchen werde.

Was nun die Sache selbst betrifft, nämlich die Verschwörung, welche aus dem Briefe hervorgehen soll, so kann ich nur wiederholen, was ich bereits gesagt habe; ich habe den Brief nie gesehen, und er rührt von D'Ester unzweifelhaft nicht her; aber wenn es auch wäre, so würde er mich dennoch Nichts angehen, weil ich ihn nicht gesehen habe; aber, wie gesagt, daß ein solches Produkt von D'Ester herrühre, glaube ich, gehört zu den völlig unmöglichen Dingen. Es wird sich auch durch die gedachten Beweise herausstellen, daß weder dieser Brief noch die anderen Briefe von D'Ester herrühren. Sie sind natürlich gar nichts anderes als falsch, gefunden bei Dem, der heute aus seiner Rolle so auffallend heraustritt, und sich als ein Werkzeug Anderer erweist, und der mich und die ganze Linke mit solcher Beschimpfung angegriffen hat. Ich glaube aber, daß dadurch schon die ganze Anklage gefallen ist: denn sind die Papiere nicht echt, so bleibt Nichts übrig, und die Vermuthung, es könnten wohl Abschriften sein, die ist offenbar nichtig. Sie stellen sich durchaus nicht als Abschriften dar, es müssen Originale sein; wovon wären sie denn abgeschrieben?

Die übrigen Punkte, die noch angegeben sind, um zu beweisen, daß ich mit D'Ester in irgend einem Verhältniß stehe, erledigen sich dadurch von selbst, daß die Schriften selbst nicht von D'Ester herrühren, und so kann es auch gleich sein, in welchem Verhältniß ich zu D'Ester gestanden habe. Es steht übrigens ganz richtig, ich war Mitglied der äußersten Linken in der National-Versammlung und in der vorigen zweiten Kammer, und D'Ester war eines der thätigsten Mitglieder. Allein um seine anderweitigen politischen Angelegenheiten, wenn er deren noch hatte, habe ich mich durchaus nicht bekümmert. Er ist, wie auch im Eingange der Anklage erwähnt ist, zum Mitgliede des Kongreß-Ausschusses gewählt worden. Das war aber eine Thätigkeit für ihn, die besonders war. Aus dem Briefe, der von D'Ester an mich bei den Akten ist, werden Sie ganz klar ersehen, daß sich D'Ester bei mir Raths erholte über eine andere Angelegenheit, die ihm vorlag. Er hatte nämlich die Absicht, eine demokratische Zeitung herauszugeben, und fragte mich deshalb um Rath.

Präsident: Sie meinen den Brief von D'Ester, an Sie selbst gerichtet?

Waldeck: Er ist vom Februar datirt, und steht mit der eigentlichen Sache nicht in der geringsten Verbindung. Es ist in diesem Briefe noch ein Punkt, worauf die Anklage besonderes Gewicht legt, nämlich jener, wo es heißt, übrigens würde er mir noch Mittheilungen zu machen haben, die sich dem Papiere nicht anvertrauen ließen. Darüber kann ich keine Auskunft geben, ob er mir solche Mittheilungen gemacht hat, oder nicht; es können vielleicht Wahlangelegenheiten gewesen sein; so viel ist gewiß, daß diese Mittheilungen nicht hochverrätherische Pläne betrafen, und auch nicht Gegenstände der Thätigkeit des Kongreß-Ausschusses. Uebrigens habe ich von diesem nicht Ursache gehabt, anzunehmen, daß er eine andere Thätigkeit entwickelt habe, als viele Druckschriften zu veröffentlichen, sowie Petitionen, und sich überhaupt in Preußen für die demokratische Richtung zu bemühen. Eine andere Thätigkeit dieses Kongreß-Ausschusses ist mir nicht bekannt.

Wenn nun sonst noch unter den verschiedenen Punkten von D'Ester angeführt wird, man habe voraussetzen müssen, daß D'Ester mit hochverrätherischen Plänen umgehe, so muß ich gestehen, daß ich nicht das Entfernteste davon weiß, daß D'Ester mit hochverrätherischen Plänen umgegangen sei, mit Ausnahme des einen Punktes, daß D'Ester nach der Pfalz gegangen ist. Dieser Fall hat sich aber erst nach meiner Verhaftung ereignet, und kann auf die vorliegende Sache keinen Einfluß haben. Wenn sonst noch angeführt ist, daß er Mitglied des Kongreß-Ausschusses gewesen sei, so ist das eine Sache, welche aller Welt bekannt gewesen ist, und in allen Zeitungen gestanden hat.

Es ist ferner eine Geschichte mitgetheilt worden von dem Schuhmacher Hätzel, bei dem ein Statut von 42 Paragraphen gefunden worden sei, außerdem eine Kiste mit Handgranaten und eine Kiste, welche D'Ester selbst angehört habe; in dieser letzteren Kiste hat sich jedoch nichts Verdächtiges gefunden, wie es auch in der Kammer zur Sprache gekommen ist. Aber man schließt daraus, daß die andere Kiste und die Papiere auch von D'Ester herrühren, das ist aber ein Schluß, zu dem man, glaube ich, nicht berechtigt ist, und jedenfalls hatten die bekannten Parteigenossen deshalb keinen Grund, Verdacht zu schöpfen, daß D'Ester mit hochverrätherischen Plänen umgehe. Es ist diese Sache auch in der Kammer von dem Minister des Innern, wie ich bereits erwähnt habe, zur Sprache gebracht worden, aber es hat sich, wie gesagt, erwiesen, daß in der D'Ester zugehörigen Kiste keine gefährlichen Papiere vorhanden waren.

Was sonst noch meine Bekanntschaft mit Bakunin betrifft, so war diese offenbar völlig unbedeutend und kann hier wohl nicht in Betracht kommen. Es wird aber auch ferner eine Reise nach Dresden erwähnt; mit dieser verhält es sich nun in folgender Art:

Sie ist vorgefallen in den Osterferien, und es war lediglich eine Erholungsreise; ich hatte erst vor, meine Frau mitzunehmen. Es fand sich aber erst Reuter dazu, der geneigt war, die Reise mitzumachen, und am folgenden Tage trat auch D'Ester hinzu, und so haben wir dann die lediglich eine Erholung bezweckende Reise nach Dresden gemacht und in dieser Weise ausgeführt. Daß wir nun da mit Deputirten der Linken bekannt wurden, ist eine Sache, worüber man sich wohl nicht wundern kann; wir sind in den Abendstunden, wenn wir in einem Bierlokal waren, wo sich jedoch auch noch viele andere Menschen befanden, mit diesen Deputirten zusammen gewesen; es fand jedoch diese Reise in den Osterfeiertagen statt, und die meisten Deputirten waren auch in Dresden abwesend, und wir haben dort nur Einige von der Linken, Dr. Minckwitz und einige Andere getroffen. Im Uebrigen haben wir unsere Zeit in Dresden so zugebracht, wie es auf einer Reise, die man zur Erholung macht, der Fall zu sein pflegt; wir haben einen Abstecher in die sächsische Schweiz gemacht, und auf diese und ähnliche Weise sind die drei Tage vergangen. Von einer Aufregung haben wir in Dresden auch nicht das Geringste bemerkt, denn es war damals eine Zeit, wo es sehr ruhig war. Wir haben in Dresden so wenig von einer Bewegung bemerkt, daß ich nicht wüßte, woraus man darauf hätte schließen sollen. Die Verhandlungen über die deutsche Verfassung waren bekanntlich in Sachsen schon früher beendigt; die Kammern hatten sich für die deutsche Reichsverfassung erklärt, und von einem Konflikt mit dem Könige deshalb war damals nicht die Rede. Eine Verbindung mit sächsischen Deputirten habe ich in keiner Weise gehabt.

Wenn noch ein Brief von Todt in Dresden angeführt ist, als Zeugniß für meine Mitwissenschaft der hochverrätherischen Pläne, so muß ich bemerken, daß ich Todt gar nicht kenne; ich habe nie einen Brief an ihn geschrieben.

Was sonst noch von D'Ester angeführt ist, daß er z. B. nicht gleich fortgereist wäre, sondern sich noch eine Zeit lang verborgen gehalten habe, und daß er erst am 29. April mit dem Grafen Görtz nach Frankfurt a. d. O. gereist sei, das war auch den meisten Parteigenossen bekannt; D'Ester sagte, daß er eine Verhaftung fürchtete, eben weil in der letzten Zeit in den Reden des Ministers des Innern viel von ihm die Rede gewesen war, deshalb habe er sich verborgen gehalten, und sei mit dem Grafen Görtz nach Frankfurt abgereist. Das ist mir und Vielen bekannt, ich habe zum Theil Alles selbst mit angesehen und habe auch ferner erinnert, daß ich D'Ester gesehen habe, der sich in der Wohnung des Grafen Görtz unter den Linden befand und dort Abschied von ihm nahm, kurz vor seiner Abreise; — sonst ist unter den Indizien gegen D'Ester nichts von Bedeutung, denn daß er sein Vermögen durchgebracht hat, wenn es wahr ist, das geht der Polizei nichts an und kann ihm nicht als Indizium angerechnet werden. Sonst liegt gegen D'Ester auch nicht das Geringste vor, weshalb man hätte vermuthen können, daß er mit hochverrätherischen Plänen umginge. Ich will bemerken, daß nach dem, was ich aus den Zeitungen habe entnehmen können, selbst was D'Ester als Organisateur und Beamter der damals schon bestehenden provisorischen Regierung in der Pfalz gethan hat, auf keinen Fall den Schluß zuläßt, daß ein Mann, der ein Beamter eines insurgirten Landes ist, dazu fähig wäre, einen Mordanschlag gegen den König und den Prinzen von Preußen zu machen. Es sind das zwei verschiedene Gegenstände, die nichts mit einander gemein haben. Ich erwähne das nur nebenbei, weil es mich nicht interessiren kann. Wenn die Anklageakte als Haupt-Angeklagten auch mit auf den Mit-Angeklagten Ohm zugeht, so muß ich Alles, was darin gesagt ist, dahingestellt sein lassen, weil ich ihn durchaus nicht kenne. Er ist mir in der Voruntersuchung nicht vorgestellt worden, und ich kann mich nicht erinnern, ihn an denjenigen Orten gesehen zu haben, auf welche er sich heute bezogen hat, und worauf sich seine Bekanntschaft zu reduziren scheint, ist, daß er mich an öffentlichen Orten gesehen hat. Das ist möglich in einer großen Stadt, ich kann aber sagen, ich kenne ihn nicht und weiß nicht, an welchen Orten er mich gesehen hat. Die irrigen Angaben desselben sind zum Theil auf das gegründet, was von dem jungen Goedsche angeführt ist, der in derselben Sache dieselbe Person zu spielen scheint. Die Angaben leiden an einem innern Widerspruch, die mein Vertheidiger, wenn es zur Erörterung kommt, namhaft machen wird. Sie stehen im vollkommensten Widerspruch mit dem, was der Angeklagte heute vorgebracht hat. Ich will nur einen einzigen Punkt, der mich interessirt, anführen. Es ist in dem Zeugniß von Goedsche angegeben: Ohm sei nach meinem Hause gekommen und hätte Instruktionen bekommen. Ich habr den Gegenbeweis angetreten, weil ich das konnte. Ich bin nämlich an demselben Morgen, ich glaube um 11 Uhr, ausgegangen, in ein Lesekabinet auf dem Dönhofsplatz getreten und um 2 Uhr, kurz vor meiner Verhaftung, zurückgekommen. Ich hatte noch nicht die Suppe gegessen, als ich verhaftet wurde. Ich habe einen Zeugen vorgeschlagen, mit dem ich damals zusammengekommen bin, weil er von dem Beweis Kenntniß gehabt hat. Ich bin übrigens nicht mit dem Angeschuldigten auf dem Potsdamer Bahnhof zusammengekommen und habe ihm Mittheilungen gemacht, denn ich stehe mit ihm in keinem Verhältniß. Dann aber bin ich (denn es könnte mit dem Wege zusammenstimmen) von dem Lesekabinet nicht durch das Potsdamer Thor, sondern durch das Anhalts-Thor gegangen, und erinnere mich, dort demjenigen begegnet zu sein, den ich als Zeugen vorgeschlagen habe; es war die letzte Person, die ich vor meiner Verhaftung gesehen habe, nämlich der Tribunalsrath Seligo. Damit glaube ich dies, so weit es für jetzt möglich ist, abgemacht. Was den eigentlichen Gegenstand der Untersuchung betrifft, so ist es, wie ich schon bemerkt habe, höchst bedenklich und schwer für mich, mich darauf einzulassen. Ich bin nicht nur, weil es in der Anklage steht, sondern auch deshalb dazu nothgedrungen, weil Vieles darin verkehrt dargestellt ist. Die erste Einleitung der Anklage geht bis zu dem eigentlichen Komplott. Sie enthält gewissermaßen eine geschichtliche Darstellung der Vorgänge des Jahres 1848. Ich glaube nicht, daß ein einziger Geschichtschreiber, mag er einer Partei angehören, welcher er will, auf diese Weise die Begebenheiten darstellen würde. Es ist eine verschiedene Sache, wie man eine Geschichte, eine Reihe von Begebenheiten auffaßt, ob vom Parteistandpunkte, oder dem eines Geschichtsschreibers. Und wenn man aus einem geschichtlichen Vorgange den Beweis einer Anklage liefern will, so verlangt man mit Recht vollständige Beweise. Hier aber vermisse ich durchaus jeden ursprünglichen Zusammenhang, und es ist nichts angegeben, als ein Zusammenhang des nachtheiligen Eindrucks für mich und alle Mitglieder der Linken. Das ist die Tendenz der Anklage. Gegen diesen Zusammenhang des Eindrucks muß ich mich aufs Aeußerste verwahren, und muß die Herren Geschwornen bitten, sich ebenfalls dafür zu hüten. Das ist einer der gefährlichsten Zusammenhänge, welche vorkommen können.

In der Anklage wird verschiedener Sachen erwähnt;

zunächst der demokratischen Klubs und drei einzelner Exzesse: des Zeughaussturms, der Stürmung der Minister-Hotels und dann der Arbeiter-Unruhen vom 15. Oktober. Ueber diese drei Exzesse hat eine Untersuchung stattgefunden; ob sich dabei herausgestellt hat, daß die demokratischen Klubs dabei betheiligt gewesen sind, ob nicht, ist mir unbekannt. Ich bin nie Mitglied eines politischen Klubs, weder vor, noch nach der März-Revolution gewesen, und habe es mir zum Grundsatz gemacht, weil ich es nicht für möglich halte, die Unabhängigkeit eines Deputirten aufrecht zu erhalten, wenn man Mitglied eines Klubs ist, besonders da bei der gänzlichen Rohheit das Vereinsleben noch gefährdet war. Außerdem war meine Zeit so sehr in Anspruch genommen, von der Thätigkeit als Deputirter, daß ich keine Neigung und Lust zu den Klubs haben konnte.

Ich kann über das, was von der Organisation der Klubs bemerkt ist, z. B. über Fröbel, über den ersten Kongreß und über den weiteren Fortgang desselben, und dann über den zweiten Kongreß, welcher stattgefunden hat, nichts sagen; ich habe nicht mehr Kenntniß davon, als aus den Zeitungen, welche in mein Gefängniß gekommen sind. Es wurde damals oft verhandelt und in den Zeitungen mitgetheilt, und der Eindruck, den der zweite Kongreß namentlich auf die konservativen Blätter machte, war der, daß es eine außerordentlich ungefährliche und unbedeutende Geschichte sei. Ich muß gestehen, daß es diesen Eindruck auch auf mich gemacht hat. Hier wird nun darauf aufmerksam gemacht, daß dort der Grundsatz einer sozial-demokratischen Republik an die Spitze gestellt sei; daraus, wird nun gewissermaßen geschlossen, daß dieser Kongreß und so auch die demokratischen Klubs, mit hochverrätherischen Unternehmungen umgegangen seien. Ich muß bemerken, daß dies gar nicht daraus folgt, weil auch die Regierung solche Klubs nicht geduldet haben würde. So wie der Satz dasteht und wie er in dieser Allgemeinheit aufgefaßt werden muß, hat er einen ganz andern Sinn, als die Theilnehmer dieses Kongresses aussprechen wollten; sie sprachen sich dafür aus, daß sie in der Theorie die Republik für die beste Verfassung hielten, und für diese ihre Ansicht wirken wollten; da verfallen sie natürlich, insofern sie verbrecherische Unternehmungen vornahmen, dem Gesetz. Es ist gerade so, als wenn für den Absolutismus geschrieben wird, was häufig genug durch die Presse und in Vereinen geschehen ist, daß man die konstitutionelle Monarchie nicht brauchen könne. Sich für die absolute Monarchie auszusprechen und andere Menschen dafür zu bekehren suchen, ist nichts Strafbares, sondern es kommt darauf an, ob das Gesetz überschritten wird. Solche Handlungen sind aber, so viel ich hier gesehen habe, nicht mitgetheilt. Ich muß wiederholt darauf aufmerksam machen, daß ich mich nicht darum bekümmert habe, indem ich an diesen Vorgängen sehr wenig Theil gehabt habe, wie auch in der Anklage nicht einmal erwähnt ist, daß eine republikanische Tendenz zu Grunde gelegen habe. Es war natürlich, daß der demokratische Klub mit demjenigen Theile der National-Versammlung sympathisirte, welcher die demokratischen Ideen auf das entschiedenste vertrat; es geschah aus einer Gemeinsamkeit der Interessen. Wenn es wahr gewesen ist, was ich nicht weiß, daß jener Klub schon im Sommer vorigen Jahres jenen Satz, ob die Republik die beste Staatsform sei, verhandelt, dann würde die Wirksamkeit desselben in einzelnen Beziehungen, worauf es hier ankommt, sehr gut zusammenfallen können, denn was die demokratisch-konstitutionelle Monarchie nach meiner Ansicht und der meiner Gesinnungs-Genossen, herstellen wollte, wollten auch diejenigen erreichen, die die Spitze des Staates lieber in der Republik suchen wollten. Das sind die einfachen Sätze, auf die wir unsere Ansprüche zurückführen wollten, nämlich Urwählerfreiheit, Selbstgouvernement der Gemeinden, Gleichheit der Besteuerung, Gleichheit vor dem Gesetz. Wir bestanden in der National-Versammlung darauf, daß die gesetzlich gewährten Rechte, wie das Versammlungs- und Vereinigungsrecht und die freie Presse, auch ferner Geltung behalten müßten. Aber diese Wirksamkeit der Linken ging nicht blos in das Centrum, sondern auch in die Rechte hinein, wie auch schon der Entwurf gezeigt hat, der rein demokratisch ist, aber Eingang in die Versammlung gefunden hat, und woraus eine Kommission hervorging. Ich für meine Person habe mich schon in meiner Rede vor den Wahlmännern, so wie früher und später für die konstitutionelle Monarchie ausgesprochen, insofern sie aufrichtig gehandhabt und insofern wirklich mit den Repräsentanten des Volkes regiert wird. Es ist das das rein englische Prinzip; ich habe mich durchaus niemals und nirgends absolut für die Republik ausgesprochen. Sie lag nicht auf meinem Wege und in meiner Thätigkeit. Den Weg, den wir verfolgten, war der der Mäßigung, und unser Beruf, der uns durch die Zeit und Umstände geboten war, ging darauf, den Staat konstitutionell zu bilden. Er war uns gegeben durch die Märzrevolution, gegeben durch die bestimmte Erklärung des Königs, durch das Gesetz vom April, durch den Vereinigten Landtag; wir wollten nichts anderes als konstitutionelle Monarchie, Niemand in der National-Versammlung, mochte er in der Theorie der Republik anhängen oder nicht, konnte für die Republik wirken, oder hat es gethan; namentlich ist in der großen Partei, der ich angehört habe und die zuletzt nur noch aus 27 Mitgliedern bestand, nie davon die Rede gewesen. Unsere Wirksamkeit war eine ganz bestimmte und hat sich in vielen Aeußerungen dargethan. Daß nun hier ein Einfluß der demokratischen Klubs auf die Linke stattgefunden habe, muß ich bestreiten. Die Klubs haben mit der Linken sympathisirt, das gebe ich zu, aber einen Einfluß haben sie nicht ausgeübt; es gab sogar eine Zeit, wo jene Klubs den Beschluß gefaßt hatten, daß die Mitglieder der Linken unwürdig wären, in ihren Versammlungen zu erscheinen, namentlich unter dem Ministerium Pfuel. Das ist es, was mir von den Excessen und Klubs bekannt geworden ist, und woraus ich nicht schließen kann, daß man diesen Versammlungen die Wichtigkeit beilegen kann, als haben sie eine große Verschwörung gebildet, woran sich die nachherigen Bemerkungen reihen. Alle diese Begebenheiten haben einen natürlichen Ursprung.

Nachdem diese Klubbs erwähnt sind, kommen eine Reihe anderer Begebenheiten, die nicht damit im Zusammenhange stehen, namentlich Vertagung und Auflösung der National-Versammlung. Daß die Klubbs sich dafür interessirten, ist natürlich; es ist hier aber nicht einmal die Rede von denselben.

Es ist aus der National-Versammlung nicht die ganze Rechte ausgetreten. Ein bedeutender Theil war zurückgeblieben. Die nun zurückblieben, und die allein von der Pflicht ausgingen, die sie als Volksvertreter zu haben glaubten, denen war es lediglich darum zu thun, ihr Mandat und ihre Pflicht als Volksvertreter zu erfüllen. An diese Erwähnung der Auflösuug, Verlegung und Vertagung der National-Versammlung knüpft die Anklage eine bestimmte Begebenheit, und das scheint man besonders ins Auge gefaßt zu haben, weil es an einem Orte wieder erwähnt ist, die sogenannte Mojorsnacht, welche man als die Nacht darstellt, wo der Aufruhr proklamirt werden sollte. Es ist eine Auffassung, die nur aus völlig verkannten Zeugen-Aussagen und solchen befangenen Urtheilen, wie sie hier theilweise extrahirt sind, begründet werden kann. Es verhält sich ganz und gar anders Es war die Auflösung der Bürgerwehr ausgesprochen, und zwar aus dem Grunde, weil die Bürgerwehr sich geweigert habe, die Nationalversammlung auseinander zu treiben. Daß diese Auflösung einen bedeutenden Eindruck auf die Bürgerwehr machen mußte, liegt auf der flachen Hand. Es war natürlich, daß die Majore und die Bürgerwehr sich versammeln mußten, um zu berathen, was hier zu thun sei. In dieser Versammlung ist etwas so Legales, so durch die Umstände herbeigeführtes vorgekommen, daß nicht einzusehen ist, wie man von einem aufrührerischen Unternehmen sprechen konnte. Zu dieser Versammlung wurde ich eingeladen. Die Fraktionen waren permanent, und die letzte Sitzung im Schützenhause hatte noch nicht geendet, als ich durch einen Bürgerwehrmann dazu eingeladen, mit einem anderen Deputirten hinging. Ich war damals Vicepräsident in der National-Versammlung, ich ging auf diese Einladung hin, und es verging eine geraume Zeit damit, daß das Zimmer von allen denen geräumt wurde, die nicht Mitglieder der Bürgerwehr waren. Nachdem dies erfolgt war, wurde über die Beschlüsse und über den Inhalt derselben gesprochen, so wie über die Maßregeln, welche in den einzelnen Kompagnien stattfinden sollten. Ich wurde auch aufgefordert, und ich glaubte ihnen eine Mittheilung zu machen, indem ich ihnen die Beschlüsse der National-Versammlung mittheilte, die sie übrigens schon wußten. Hierauf forderten sie mich auf, ihnen zu sagen, was sie zu thun hätten; das ist ganz unwahr, daß ich da mit Redensarten hervorgetrten, mit Vorsicht gesprochen hätte, und zurückhaltend gewesen wäre, nichts in der Welt weniger als dies. Ich habe ihnen geradezu gesagt: Darüber sage ich Ihnen nichts, das ist nicht meine Sache.

Es war auch gar nicht unsere Sache, als Volksvertreter den Einzelnen, die Fragen stellten, oder der bewaffneten Macht Auskunft zu geben. Es war das in jeder Beziehung eine Verkennung, daß wir einem Korps von Majors und Hauptleuten bestimmte Instruktionen geben sollten. Wir sind in dieser Versammlung etwa 1 oder 2 Stunden geblieben, und fortgegangen, ehe Beschlüsse gefaßt wurden. Von aufrührerischen Reden kann in dieser Versammlung durchaus nichts vorgekommen sein, denn Jeder, der hier sprach, hatte den bestimmten Zweck anzugeben, was die Bürgerwehr thun sollte. Es handelte sich um die verschiedenen Stadien des möglichen Widerstandes und wo bekanntlich zuletzt kein Widerstand geleistet werden sollte, sondern blos die Gewehre nicht abgegeben. So hat die Majorsnacht geendet, und sie ist nichts weniger, als rührerisch gewesen. Mir kann gar nichts dabei zur Last fallen, denn ich habe in keinem Falle ihnen einen Rath gegeben. Mit Mühe und Noth hat man aus derselben herausgequält, die Deputirten hätten zufrieden geschienen. Auf jeden Fall ist es etwas Unerhebliches, ob uns das, was dort gesprochen wurde, angenehm war oder nicht. Es ist nun weiter fortgefahren, daß man viel an Aufruhr gedacht hätte, und dazu ist eine Stelle aufgeführt aus einem Briefe von Sander an Beer in Köthen. Ich glaube auch nicht, daß daraus etwas zu schließen ist, denn wenn der demokratische Kongreß und die Klubbs diese Absicht gehabt hätten, so hätten sie den allergünstigsten Augenblick versäumt, man hat keine Kundgebung von ihnen gehört, und so läßt sich ein Zusammenhang der Auflösuug der National-Versammlung mit dem einer Verschwörung nicht behaupten. Es ist bekannt, daß das Auftreten der National-Versammlung in der ersten Zeit die Zustimmung der konservativen Organe hatte, 6000 Adressen waren in der ersten Zeit uns zugegangen, und wenn sich die Stimmung in der nächsten Zeit anders herausstellte, so war es dadurch, daß die Regierung die Arbeiten der National-Versammlung zu den ihrigen machte, dadurch hat sich die allgemeine Stimme befriedigt gefühlt, denn diese Arbeiten, diese Paragraphen kannte ein Theil der Bevölkerung nicht. Die Sache bleibt immer dieselbe. Es ist die Verfassung, welche die Kommission der National-Versammlung gemacht hat, und dadurch ist die allgemeine Zufriedenheit entstanden, denn ich habe in den loyalen Adressen nie eine andere Zufriedenheit gehört, als daß die Verfassung gegeben sei. Von dem Wirken des Kongresses in Köthen in diesem Winter ist nun gar nichts mitgetheilt, daß eine verbrecherische Wirksamkeit stattgefunden hätte; es ist mitgetheilt, daß Flugschriften durch ihn verbreitet seien. Das ist von allen Parteien geschehen und von der konservativen Partei in vorzüglichem Grade geschehen. Es muß noch an die Art und Weise erinnert werden, in welcher die Verfassung erwähnt ist, „die Verfassung wird als Agitationsmittel benutzt," das ist sie nicht gewesen, sie bleibt gerade das Schiboleth der Hauptparteien im Lande, sie war der Zweck der Parteien, die Einen hielten es der Ruhe wegen für besser, daß sie die Verfassung annahmen, die Anderen glaubten, die Verfassung giebt uns noch nicht hinreichende Sicherheit, weil die letzten Paragraphen der Verfassung einer solchen Vieldeutigkeit fähig sind, sie giebt uns keine Sicherheit und wir müssen uns hüten, sie anzuerkennen, sie war also kein Agitationsmittel des Kongresses oder Ausschusses.

Hätte eine Verschwörung bestanden, welche eine Republik einführen wollte, so wird man gestehen müssen, daß sie nicht den Weg gewählt hätte, den die Linke gewählt hat. Die Linke erklärte sich bereit, diese Verfassung nur in einer kurzen Zeit so umzuändern, wie sie den Anforderungen der Demokratie entspreche, sie hatte nichts weiter vor, als die anstößigen §§ auszumerzen und zu sagen: so nehmen wir die Verfassung an. Die Linke wollte jeden Protest vermeiden, sie war bereit, alles Mögliche zu thun, damit ein gedeihlicher Verfassungs-Zustand zu Stande käme. Wer geneigt wäre, Alles umzustürzen, würde von dem demokratischen Standpunkte aus anders verfahren haben, er würde mit der ganzen Verfassung nichts zu thun haben wollen. Ich kann hier gleich anknüpfen an das, wovon später die Rede ist, daß die republikanische Partei der zweiten Kammer die ganze Frage als Agitationsmittel benutzt hätte. Eine republikanische Partei hat es dort eben so wenig gegeben, wie in der National-Versammlung, und ich für meine Person halte dieses Balgen der Parteien für ein außerordentliches Unglück. Die Linke bestand aus 80—90 Mitgliedern, und aus dem Rest von denen, die nicht damals ausgeschieden waren unter Unruh und Rodbertus. Es wurde von der Linken festgestellt, daß prinzipielle Verschiedenheiten nicht existirten, es handelte sich mehr um Persönlichkeiten, und um die Berathung einfacher zu machen, wurde nebenbei auch noch festgestellt, daß wöchentlich einmal Zusammenkünfte stattfinden sollten. Daß nun verschiedene Parteimitglieder vielleicht Anhänger der Republik waren, kann dabei nicht in Betracht kommen, sondern blos der Gesichtskreis, wie er in der zweiten Kammer vollkommen feststand, um sich über die Verfassungsfrage, über die Gemeindordnung zu einigen, und das ist das Einzige, worauf ich meine Thätigkeit gerichtet habe, auf das Amt, auf die Pflicht, die uns als Volksvertreter auferlegt war. Theorien haben mich weiter nicht angefochten. Nun wird hier als dritter Hauptpunkt die deutsche Frage besonders erwähnt. Ich glaube aber auch, daß die Art und Weise, wie hier die deutsche Frage aufgefaßt ist, vollkommen verfehlt ist. Es ist irrig, daß die Agitation für die deutsche Frage von den Demokraten ausgegangen sei, gerade die Konstitutionell-Gemäßigten agitirten für die deutsche Frage, für die Annahme der Reichsverfassung. Wenn man die damaligen Zeitungen liest, findet man darin nichts als Enthusiasmus für die Reichsverfassung. Die Aufstände in Elberfeld und Köln können als zu konservative Gegenden, wo ein Städtetag versammelt war, nicht dazu gerechnet werden. Was in dem Briefe vom März ausgesprochen ist, ist gerade die Ansicht, die das ganze, große, gebildete Publikum geleitet hat, den Mittel-, den Gelehrtenstand, die für die deutsche Verfassung schwärmten, weil, wie sie sagten, die Annahme der Verfassung

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 281 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 1. Dezember 1849.

(Fortsetzung.)

uns ein freisinniges Regierungs-System sichert, und war so allgemein, daß das Ausschlagen der Verfassung zu einer allgemeinen Volkserhebung führen würde.

Diese Ansicht findet sich in allen Zeitungsblättern jener Zeit ausgesprochen, selbst die Deutsche Zeitung spricht dieselbe aus, und nur wenn der König die Reichsverfassung annähme, würde diese Gefahr vermieden werden. Aus diesem Prinzip haben sich auch die nachherigen Aufstände entwickelt, und zwar ganz einfach, weil bei einer so allgemeinen Aufreizung, wie sie selbst von der Anklage zugegeben wird, es leicht zu Aufständen kommt, namentlich, wenn Truppen in Bewegung gesetzt werden, um gegen das zu wirken, was der allgemeine Gegenstand des Wunsches ist. Daß sich bei späteren Aufständen Mitglieder der Linken betheiligt haben, das beweist nicht, daß die ursprüngliche Agitation von dieser ausging; es beweist noch weniger, daß sie gefährliche Zwecke verfolgte, es ist vielmehr, so glaube ich, wird jeder Geschichtsschreiber es darstellen, es ist gerade die Bewegung von dem Mittelstande ausgegangen. Meine Stellung zu dieser Frage kann ich hier nur mit wenigen Worten darstellen. Mein Wirken als Abgeordneter ist sehr bekannt, und ich glaube, es war so, daß man es in keine Verbindung mit Agitationen bringen kann. Ich habe früher schon erklärt, daß ich von dem Frankfurter Parlament nicht erwartet habe, daß es eine Verfassung zu Stande bringen würde. Ich war entschieden der Meinung, daß bei dem damaligen Regierungssystem es unmöglich sei, die deutsche Verfassung anzunehmen; die Durchführung derselben würde, wenn sie auch angenommen war, durch die Hindernisse, welche von den Großmächten, von Oesterreich, Baiern und auch vom Ausland zu erwarten standen, nicht möglich gewesen sein; diese konnte nur durch die Kraft des Volksprinzips, also nur, wenn die Regierung das demokratische Prinzip annehme, durchgeführt werden, denn dann fand sie Kraft, womit sie diese Hindernisse hätte beseitigen können; da davon aber keine Rede war, so war das Volk ganz in seinem Rechte, daß es die Kaiserkrone nicht annahm. Eine Agitation deshalb, daß der König die Kaiserkrone nicht angenommen hat, schien mir ganz unnütz, und ich habe mich immer gegen eine solche ausgesprochen. Ich wurde über diesen Gegenstand befragt, es sollten Volksversammlungen in Bernau abgehalten werden, allein ich habe gleich, als mir Mittheilungen davon gemacht wurden, davon abgerathen. Es ist klar, wenn das Volk sagt, es soll eine Verfassung angenommen werden, welche den König zum Kaiser macht, daß dann, wenn der König diese Krone ablehnt, sich Jedermann von einfachem Verstande sagen muß: „nun, dann ist die Sache aus". Und so ist allerdings der Ausgang auch gewesen. Alle diese Bemühungen wegen der deutschen Verfassung, wie sie bei dem Volke stattgefunden haben, haben keine Wirkung auf unser Volk ausgeübt; und das hat darin seinen Grund, daß der König die Verfassung nicht angenommen hat. Ich muß hier einem abwesenden Parteigenossen zu Gefallen einen Brief vorlesen, der in der Anklage falsch aufgefaßt worden ist. Ich muß jedoch hierbei vorher bemerken: Temme sagt, er ginge nach Frankfurt, um sich dort ein Stückchen Unverletzlichkeit zu holen. Dieser Brief, meine Herren! ist aus dem Zuchthause in Münster geschrieben, in welchem er in derselben Untersuchung in Haft saß, der er jetzt auf Antrag des Staatsanwalts Sethe von Neuem ausgesetzt ist. Ich finde es hart, wenn Jemand den vorigen Winter in dieser Weise hat zubringen müssen, und es ist ein bitterer Ausdruck, den er hier braucht. Aber es kränkt ihn in der Lage zu sein, daß er nur als Mitglied des frankfurter Parlaments aus dem Gefängniß loskommen könnte. Dieser Brief ist im März geschrieben, und ich habe nicht einräumen wollen, daß er von Temme sei, indeß ich glaube nicht, daß er ihm wird schaden können. Ich muß hier noch bemerken, daß Temme nach Frankfurt ging, als der erste Welckersche Antrag auf Annahme der Kaiserkrone zur Sprache kam. Zu jener Zeit verließ er unsere Kammer und ging nach Frankfurt. Es heißt in diesem Brief:

(Der Angeklagte verliest den in den betreffenden Punkten schon bekannten und in der Anklageschrift enthaltenen Brief von Temme.)

Hier ist gerade die Ansicht ausgesprochen, die ich als die des Mittelstandes dargestellt habe.

Man glaubte nothwendig, daß Preußen die Verfassung annehmen werde, um eine freisinnige Regierung herbeizuführen, man glaubte, es würde eine Revolution stattfinden, wenn die Verfassung nicht zu Stande komme. Das ist aber nichts weiter, als ein Urtheil, wie es Temme über den Gang der Dinge auch hat. Es hat in der Welt nicht so aufgefaßt werden können, als hätte er dadurch die Revolution herbeiführen wollen. Ich habe in diesem Brief auch Nichts anders erblicken können, als ein Urtheil, wie ich auch schon vorhin angeführt habe, und die Meisten, mit denen ich darüber sprach, waren der Ansicht, daß das Urtheil richtig sei; Niemand aber ist auf den Gedanken gekommen, daß es Etwas anderes sein solle, als eben eine Ansicht; darüber natürlich steht Jedermann die Ansicht frei. Man hört alle Tage die verschiedensten Ansichten, man hat sie bei der französischen Revolution in der verschiedensten Weise gehört; aber das ist ein Gegenstand des Urtheils; es ist ganz unmöglich, diesen Brief aus dem März hineinzuziehen in eine Verschwörung, wie sie hier behauptet wird.

Es sind nun noch mehrere andere Briefe in demselben Sinne angeführt, von dem Grafen Görtz. In einem derselben vom 8. Mai schreibt er, daß er eine Volksversammlung abhalten wolle, und ladet mich dazu ein, in dieser Versammlung zu erscheinen. In diesem Briefe spricht er auch aus, nach seiner Ansicht müsse ein Reichsheer gebildet werden. Das ist auch eine Ansicht, die man damals unzählige Mal ausgesprochen hat; aber es ist offenbar nur eine Ansicht, von der er glaubt, daß sie von Frankfurt aus ausgeführt werden solle; denn, wenn die Reichs-Versammlung ein Reichsheer bilde, so sei dann allen Dingen abgeholfen. Diese Ansicht war aber vollständig verkehrt, und beruhte auf der sonderbaren Idee, daß das frankfurter Parlament überhaupt noch irgend eine Gewalt habe. Die Idee ist lediglich ein Ausfluß von Legalität; man glaubte, weil das frankfurter Parlament gewählt sei, weil es sich auf den Boden der Volkssouveränetät gestellt habe, habe es auch eine Macht dadurch gewonnen, während es nach meiner Ansicht in den einzelnen Staaten Deutschlands eine solche Macht gar nicht hatte. Dieser Irrthum ist ein vollständiger und in sehr weiten Kreisen verbreiteter. Man ist allgemein von diesem Gesichtspunkt ausgegangen. Es ist noch ein Brief von dem Bruder des Gr. Görtz angeführt, worin er sagt, der deutsche Kaiser sei nur ein Schattenkaiser, und er sollte nur ein Durchgangspunkt zur Republik sein. Das ist auch eine Ansicht. Der Abg. Vincke hat vollständig, und mit dem größten Rechte dargethan, daß die deutsche Verfassung dem Könige eine unendlich große Gewalt gebe; sie giebt ihm die Exekutivgewalt, und mit einem großen Heere und der Exekutvgewalt braucht man so große Furcht nicht zu hegen, weder vor einem direkten Wahlgesetz, noch vor dem suspensiven Veto. Es ist in diesem Briefe auch nichts Unerlaubtes, er spricht nur eine persönliche Ansicht aus. Er sagt in seinem Briefe, das Ministerium müsse durch Demonstrationen gezwungen werden, die Verfassung anzunehmen; also das ist dasselbe, was der kölner Städtetag auch wollte. Weiter geht auch aus diesem Briefe Nichts hervor, als daß der Schreiber eine besondere Thätigkeit des Parlaments in Frankfurt wünscht. Gegen die erlaubten Agitationen habe ich mich, wie ich schon sagte, ausgesprochen, weil ich der Frage keinen Geschmack abgewinnen konnte; indem ich nicht glaubte, daß auf diese Weise Etwas geschaffen werden könne. Ich bin auch aus diesem Grunde nicht nach Stettin gegangen, wohin ich zu jener Zeit eingeladen wurde. Ich war im Anfang geneigt, dieser Einladung zu folgen, allein als ich hörte, daß man über die deutsche Frage Etwas wollte, hielt ich es für passender, nicht hinzugehen; gerade damit stimmt auch überein, daß ich dieser Görtzischen Einladung keine Folge gegeben habe. Ich glaube dadurch erledigt sich Alles, was in Bezug auf die deutsche Frage vorgetragen ist, und was in Bezug auf die Briefe, welche mit der Verschwörung zusammenhängen sollen, gesagt worden ist, die doch am Ende Nichts weiter enthalten, als was in allen Zeitungen zu finden war. Es werden auch die Beschlüsse der frankfurter oder vielmehr stuttgarter Versammlung angeführt. Nun das ist auch eine historische Begebenheit; warum man aber deshalb gerade die beiden Männer Jakoby und Temme deshalb zur Untersuchung gezogen hat, warum nicht alle anderen preußischen Deputirten, warum nicht den Präsidenten Löwe von Kalbe, das ist nicht einzusehen. Hat man von ihnen erwartet, daß sie einen überwiegenden Einfluß ausüben würden, das ist wohl bei einer Versammlung, welche so viele geistreiche und intelligente Männer unter ihren Mitgliedern zählt, nicht zu erwarten. Sie haben sich Illusionen gemacht, sie glaubten ihre Pflicht thun zu müssen, und auch der Nationalversammlung nach Stuttgart folgen zu müssen. Da haben sie sich gefragt, ob die Reichsversammlung befugt gewesen sei, sich von Frankfurt nach Stuttgart verlegen zu lassen: das wird kaum in Betracht kommen können. Der Staatsanwalt hatte zwar wirklich einen Antrag auf Strafbarkeit gestellt wegen der stuttgarter Beschlüsse, man kann aber unmöglich die stuttgarter Beschlüsse in Verbindung setzen mit einem Aufruhrsystem. Was über die Märzvereine gesagt ist, interessirt mich nicht und ist mir nicht bekannt, eben so wenig der weitere Verlauf der Aufstände in Baden; was mich ebenfalls nicht weiter kümmert und wovon ich nichts sagen kann, da ich nur sehr wenig Nachrichten aus den Zeitungen, die mir zugegangen sind, erhalten habe. Ich glaube, der Gegenstand ist hiermit erschöpft und ich kann nun zu dem letzten Theile der Anklage, welche mich betrifft, übergehen, wo von meiner politischen Wirksamkeit die Rede ist. — Sollte mir übrigens etwa späterhin noch etwas einfallen, so werde ich wohl noch Gelegenheit haben, es im Laufe der Verhandlung anzubringen. — Hier wird nun meiner politischen Wirksamkeit gedacht und mir vorgeworfen, daß ich sehr bald an die Spitze der Partei getreten sei, welche eine maßlose Opposition gegen jede Regierungsmaßregel ergriffen hat. Gegen diese Art überhaupt, wie in einem geschichtlichen Akt der Thätigkeit der Volksvertreter, gedacht ist, muß ich auf das Aeußerste protestiren. Der Staatsanwalt kann sein Privaturtheil über meine Thätigkeit haben, es steht ihm aber durchaus nicht frei, in einem solchen gerichtlichen Akte Urtheile zu fällen, von welchem Gesichtspunkt aus er die Thätigkeit der Volksvertreter beurtheilen will. Ich würde gar nichts darauf erwiedern, wenn ich es nicht für nothwendig fände um dieses Eindrucks willen, der dadurch auf die Herren Geschwornen, auf das ganze Publikum, ja auf die ganze Welt hervorgebracht werden könnte. Ich bemerke im Voraus, daß Alles, was ich sagen werde, eben so wie das, was ich schon gesagt habe, meine Freisprechung von der Anklage, oder meine Verurtheilung nicht im Geringsten tangirt, sondern daß ich es nothgedrungen sagen muß, um zu widerlegen, was von mir Irriges gesagt worden ist. — Die Anklage ist von vornherein falsch. Worin soll die Opposition bestanden haben?

Während der ersten Zeit der Nationalversammlung, im Juni, habe ich meine ganze Thätigkeit den vorbereitenden Arbeiten gewidmet, der Reglements-Kommission, der Adreß-Kommission 2c., so daß mir oft kaum eine Stunde zum Essen übrig blieb. Dann kamen die Arbeiten der Verfassungs-Kommission, die von mir beantragt war, und zu deren Vorsitzenden ich gewählt wurde.

Die Geschäfte derselben dauerten bis zum 26. Juni und nahmen mich beinahe ausschließlich für die Sitzung in Anspruch. Wir haben Sitzungen gehalten bis 12 Uhr des Nachts, um die Arbeiten zu beschleunigen. In dieser Kommission hatte das Centrum und die Rechte die Majorität, und wir haben Alles angewendet, damit die Sache so zu Stande komme, wie sie zu Stande gekommen ist. Niemand nannte diese ganze Thätigkeit, die mich fast ausschließlich beschäftigte, eine Opposition; selbst der Minister Camphausen erklärte, daß er dem Antrage auf eine Verfassungs-Kommission, den Wachsmuth und ich gestellt hatte, nicht aus dem Gesichtspunkte einer Opposition ansehe. Darauf folgte das Ministerium Hansemann und v. Auerswald. Dies hat bekanntlich mehrere Gesetz-Entwürfe vorgelegt, und es sind die wichtigsten Sachen während dieser Zeit bearbeitet worden; wie die Grundsteuer-Ausgleichung und die Gemeindeordnung, das Geschwornengesetz wurde vorbereitet, ebenso das Gesetz wegen der Feudallasten.

Von allen diesen Gesetzen habe ich theils bei der Berathung vor dem Pleno, theils als Mitglied der Kommission thätig Antheil genommen. Die Linke hat Amendements eingebracht, wie die Rechte, aber Niemand wird das Opposition nennen. Das waren die Arbeiten, welchen ich in der National-Versammlung oblag. Von Regierungs-Maßregeln war übrigens wenig die Rede, und die Opposition der Linken zeigte sich nur dann, wenn wir glaubten, daß die Rechte des Volkes verletzt würden. Ich bin übrigens weit entfernt zu behaupten, und will es dahin gestellt sein lassen, ob alle Maßregeln, die wir getroffeu haben, die richtigen gewesen sind. Wir glaubten, daß den Volksrechten, die durch das Gesetz vom April gewährt seien, wir glaubten, daß der Würde der National-Versammlung Gefahr drohe, das waren die einzigen Gegenstände unserer Opposition; andere kann ich nicht auffinden. Da fand allerdings eine Opposition statt, sie blieb aber immer in den Grenzen der parlamentarischen Verfassung; damit kann ich in kurzen Worten meine parlamentarische Thätigkeit charakterisiren und werde nicht ein Wort mehr verlieren. Man wird sich überzeugen, wie ungerecht das Urtheil über mich ist. Es ist nun ein Satz, wo von der Aufhebung der Feudalrechte die Rede ist, wo es heißt, die Rechte müßten aufgehoben werden, da sie dem Zustande des Staates nicht entsprächen. Derselbe ist ganz aus dem Zusammenhange gerissen. Ich habe nämlich darüber sehr umfassende Reden gehalten. Ueber diese Dinge habe ich nämlich die ganze Zeit meines Lebens hindurch nachgedacht; ich habe nichts unentgeltlich abschaffen

wollen, als wie sich am Rhein die Sache verhält, wo es ebenfalls längst abgeschafft ist; ich wollte den rechtlichen Zustand gleichstellen, und bin dabei von einem wirklich juristischen Prinzip ausgegangen; ich habe dabei mehrmals erklärt, daß es mir nicht auf den Standpunkt der Revolution ankomme, sondern es kam mir hier nur darauf an, die preußische Gesetzgebung von 1807 der Minister Stein und Hardenberg von den Schlacken zu reinigen, die reaktionaire Gesetze mit sich gebracht hatten. Damals war die Möglichkeit vorhanden, denjenigen Zustand zu erreichen, wie er am Rhein besteht. Hier giebt nun die Anklage-Akte einen abgerissenen Satz, der in dem Zusammenhange, wie er besteht, ganz richtig ist, hier aber ein unvollkommen falsches Bild giebt. Was wir wollten, steht so klar und deutlich vor aller Welt, daß darüber kein Zweifel obwalten kann. Wir haben die Gemeinde-Ordnung entworfen, wir haben gesagt, wie wir das Geschwornen-Gericht haben wollten, haben das Grundsteuer-Ausgleichungs-Gesetz entworfen. Alle diese Arbeiten sind vollständig fertig geworden und Niemand in der Welt ist berechtigt, so sehr in seinen Ansichten abzuweichen, daß er sich nicht der Majorität füge: und wir haben uns der Majorität stets unterworfen. Aber Niemandem in der Welt gebe ich das Recht, zu behaupten, daß wir bei diesen Arbeiten irgendwie von einem Gesichtspunkte des Umsturzes ausgegangen seien; im Gegentheil, wir wollten die Verhältnisse fest begründen und hatten die feste Ueberzeugung, daß dazu die Gelegenheit geboten sei. Wie die Verhältnisse jetzt sind, weiß ich nicht. Ich bin in einer sehr betrübten Lage, denn wenn Jemand sechs Monate von der Außenwelt getrennt ist, wo sich inzwischen alle diese Verhältnisse geändert haben, da kommt man wie aus einer anderen Welt. Die Ansichten haben sich geändert, und ich muß deshalb um Rücksicht bitten, wenn ich durch meine Rede irgendwie angestoßen haben sollte. Es ist mir nicht in den Gedanken gekommen und hat mir nicht einfallen können, etwa irgend besondere Krawalle und Aufstände herbeizuführen; im Gegentheile, ich habe mich stets auf das energischeste dagegen ausgesprochen, weil es für das, was wir beabsichtigten, nämlich die demokratische Gründung des Staates, offenbar das Nachtheiligste war. Es ist nun hier besonders meiner Thätigkeit Erwähnung gethan, und ich muß noch auf denjenigen Antrag zurückkommen, der gewöhnlich von den Zeitungen als der Linken nachtheilig beurtheilt, und so auch hier mit den beklagenswerthen Excessen in Verbindung gesetzt worden ist, die an jenem Abend stattfanden, aber mit jenem Abende in keiner Verbindung standen. Jener Antrag war allerdings einer der bedeutendsten und wichtigsten, die überhaupt in der National-Versammlung gestellt worden sind. Wäre man darauf eingegangen, so würde es die einzige und beste Gelegenheit gewesen sein, Preußen an die Spitze von Deutschland zu bringen. Ich muß bemerken, daß hier die sogenannte äußerste Linke, von welcher die Rede ist, im wesentlichen nicht abwich von der gemäßigten Linken. Die Anträge beider waren total eins; unser Antrag war dahin gerichtet, den Wienern zu Hülfe zu kommen zum Schutze der bedrohten Volksfreiheit mit allen dem Staate zu Gebote stehenden Mitteln; die Partei Rodbertus machte mit vollkommener Anerkennung das Amendement, bei der Centralgewalt dahin zu wirken, daß alles angewendet würde, die Volksfreiheit in Wien zu sichern. In der Motivirung seines Antrages hat sich Rodbertus geradezu auf meine Motivirung bezogen, und anerkannt, daß die Volksfreiheit bedroht war, die Preußen beschützen müsse; es war also in der That kein Unterschied. Ich frage, ob die Centralgewalt, wenn das Ministerium auf jenen Antrag eingegangen wäre, und Preußen jenen Antrag gestellt hätte, dem hätte widerstehen können? Die ganze Stimmung in der Frankfurter National-Versammlung war sehr dafür, daß die Centralgewalt hätte nachgeben müssen. Dieser Antrag von Rodbertus ist in der National-Versammlung mit 212 gegen 52 Stimmen angenommen worden und auch der Minister von Pfuel trat diesem bei, was ich dem selbst stets zur Ehre angerechnet habe. Von Opposition kann also bei diesem Antrag nicht die Rede sein. Es war eine Idee, die man von verschiedenen Standpunkten aus beurtheilen kann, aber eine Idee, die jedenfalls Anspruch machen darf auf den Namen einer politischen Idee. Nun folgte die Verlegung und Auflösung der Nationalversammlung. Bei diesem Gegenstande etwas Näheres zur Vertheidigung der Nationalversammlung zu sagen, halte ich für überflüssig, da die Sache schon hin und her besprochen worden ist. Ich will den ungünstigsten Standpunkt annehmen, auf den sich Jemand zur Nationalversammlung stellen kann, nämlich den, daß die Regierung die Nationalversammlung durch Militair auseinander trieb. Dann frage ich Alle auf Ihr Gewissen: würden Sie die Nationalversammlung geehrt haben, wenn sie ihr Mandat nicht ausgeführt hätte? Kein Mensch kann annehmen, daß in dem Recht eines Volksvertreters liegt. Sie mußten aber das, was sie für Recht hielten, auch behaupten. Sofort wurde in der Sitzung vom 10. November die Stellung der Nationalversammlung so aufgefaßt, wie es ihr eigentlicher Stand verlangte, nämlich daß sie nur ihr Recht auszusprechen hatte, aber keine Provokationen vorzunehmen. Dieser Standpunkt ist festgehalten worden und nie hat die Linke mehr Mäßigung gezeigt, als damals. Sie hat sich immer unterworfen, sie hat ihre Anträge zurückgezogen, wenn sie nicht hoffen konnte, dafür die große Mehrheit des Hauses zu haben. Da bin ich nun wieder herausgehoben worden, und wie die Anklage lautet, so scheint es, als wenn mir das Alles zur Last fiele, was von der Nationalversammlung in jener Zeit geschehen ist; und doch ist das von mir Gesagte etwas ganz Allgemeines, wobei man eben so gut jeden anderen Namen statt des meinigen hätte hinsetzen können. An und für sich werde ich von dem, was ich gethan habe, auch nicht ein Jota leugnen, aber ich muß verschiedene Irrthümer berichtigen. Drei Gegenstände sind erwähnt, wobei ich mich aufrührerisch gezeigt haben soll. Erstens bei der Denkschrift, welche die Anklage des Ministeriums zum Zweck hatte, zweitens bei Auflösung der Bürgerwehr, und drittens hinsichtlich der Steuerverweigerung. Was die Denkschrift betrifft, so ist mein Antheil dabei so zu sagen willenlos gewesen. Der Antrag, eine Denkschrift über diese Unternehmung zu entwerfen, ging von dem linken Centrum aus. Es wurde damals schon gesagt, die Kommission, die diese Denkschrift zu entwerfen hätte, möchte prüfen, ob die bestehenden Gesetze dadurch verletzt würden oder nicht; Mitglied dieser Kommission sollte unter Andern auch der Präsident sein und auf diese Weise bin ich Mitglied derselben geworden. Also nicht durch Wahl, sondern vermöge meiner Stellung. Die Kommission kam zusammen; ich war Vorsitzender, und wurde als solcher beauftragt, das, was sie in ihren Sitzungen debattirt und beschlossen hatte, zusammenzustellen. So sprach sich auch die Kommission aus, daß keine Anklage gegen das Ministerium stattfinden solle, wie das auch in den stenographischen Berichten steht, aus denen der Staatsanwalt doch wahrscheinlich ebenfalls seine Kenntniß geschöpft hat. Es fehlten nämlich die Organe und ich glaubte nicht, daß dieser Zwiespalt auf dem gewöhnlichen Wege vor Gericht zu bringen sei, und daß der Staatsanwalt nicht diejenige Stellung habe, welche nothwendig ist, um mir solche Anklage zu erheben.

Nachdem der Bericht vorgelesen, wurde von einem Deputirten des Centrums der Antrag gestellt, der einen solchen Anklang fand, daß ich mich dem als Berichterstatter nicht widersetzen konnte; ich bin also hiebei nicht mehr betheiligt, als jeder andere Deputirte. Die Auflösung der Bürgerwehr ist auch falsch dargestellt. Die Auflösung der Bürgerwehr wurde uns durch den Major Rimpler bekannt gemacht, und es folgte darauf ein allgemeiner Sturm der Entrüstung, da man die Bürgerwehr aus dem Grunde aufgelöst glaubte, weil sie die Nationalversammlung nicht vertreiben wollte. Und dessenungeachtet hat die Staatsanwaltschaft nur die Mitglieder als Urheber aufgeführt, die zur Linken gehörten, und die vom Centrum weggelassen; sie nannte blos **Waldeck, Temme, Jacoby, Berends, Reuter** u. A. Es ist auch nicht angeführt, als in der nächsten Sitzung vom Centrum der Antrag gestellt wurde, der von mir gemildert, dahin ging, man sollte das Ministerium nochmals auffordern, mit dieser Maßregel noch 24 Stunden einzuhalten, und daß die Bürgerwehr ihre ruhige Haltung bewahren möge. Dieser Antrag wurde auch angenommen; bei der Annahme habe ich gesagt, daß ich mit diesem Beschlusse einen blutigen Zusammenstoß vermeiden wolle. Wie ist es nun möglich, diese Rede und diesen Beschluß als aufreizend anzusehen. Es war die Absicht, die imposante Haltung, welche Berlin in den ersten Tagen hatte und die sich im ganzen Lande offenbart, durch unser eigenes Auftreten zu befestigen. Wir glaubten zwar nicht, und hatten wenig Hoffnung dazu in dieser Zeit, aber wir wollten dazu beitragen, daß vor dieser imposanten Macht des ganzen Landes das Ministerium nachgeben sollte. Wir haben nichts verlangt, als daß wir in Berlin unsere Sitzungen fortsetzen könnten. Was nun den Steuerverweigerungs-Beschluß betrifft, so bin ich auch nicht hervorgehoben als Haupturheber. Ich habe allerdings den Antrag mit unterschrieben. Diese Frage war bei einem großen Theile der Versammlung etwas Feststehendes, und es ist dem konstitutionellen Gelehrten ein ganz geläufiges Ding. Wie wir den Antrag auffaßten, und ich ihn namentlich in der kurzen Rede, die hier angeführt ist, aufgefaßt habe, ist die Sache ganz einfach. Wir gingen davon aus, daß das Ministerium nicht fähig sei, den Geschäften des Landes vorzustehen. Darin lag die Steuerverweigerung, und wir haben immer gesagt, es ist der passive Widerstand. Diese Steuerverweigerung war gar nicht so zu verstehen, wie die Steuerbewilligung, wo eine Nationalversammlung die Steuern abschlägt.

Die Sache bedarf gar keines Beschlusses, das habe ich in der kurzen Rede gesagt. Wir sahen die Sache so an, wie sie sich in England bei der Reformbill darstellte, wo die Lords nicht nachgeben wollten. Aber da wurden in den großen Städten, in Liverpool und Manchester an den Häusern Zettel angeklebt: „Hier werden keine Taxen mehr bezahlt." Wenn ich die Schuld nicht bezahle, bin ich noch kein Verbrecher. Wenn aber ganze Städte, wie Liverpool und Manchester, sich exequiren lassen, so sind keine Exequirer da. Das ist meine Idee von dieser Steuerverweigerung, die als letztes Mittel des passiven Widerstandes zu betrachten ist. Das gebe ich zu, und alle Gegner werden es zugeben müssen, daß wir uns gewissermaßen nur in einer Theorie bewegt haben, wir haben uns in unserem eigenen Rechte und Pflichten zu sehr vertieft, wir haben uns nicht genug im Lande umgesehen, wie die Sache lag, wir haben keinen Anklang im Lande gefunden; und daß man uns nicht so unterstützen wollte, lag vielleicht daran, daß man den konstitutionellen Begriff noch nicht hatte. Das ist Alles gleichgültig, das Ministerium hat ja doch später nur beruhigt, indem es die Arbeiten der Nationalversammlung adoptirt hat. Es ist auch noch gesagt, Deputirte hätten erwähnt, es würde dadurch Anarchie ins Land geworfen, es findet sich ein solcher Passus in der Rede des Berichterstatters, aber in ganz anderer Weise. Derselbe hatte sich gegen die Vertagung ausgesprochen, und dabei den Ausdruck gebraucht, daß wir den Beschluß fassen auf die Gefahr der Anarchie. Insofern muß ich das, was in der kurzen Rede von mir über den Steuerverweigerungsbeschluß gesagt ist, von mir abweisen. Denn um die Sache zu Ende zu bringen (es waren 6000 Adressen da und von der Steuerverweigerung schon die Rede) sagte ich zum vierten Male, als sie zur Sprache gebracht wurde: „machen Sie doch der Sache ein Ende," und deshalb verlangte ich, daß über die Sache entschieden würde. Das lange Hinzögern hat wohl dazu beigetragen, daß die Sache im Lande unrichtig verstanden ist. Das ist es, was ich über die parlamentarische Thätigkeit zu sagen habe, um mich vor dem Publikum, vor den Angriffen, die man in den Zeitungen gegen uns gefunden hat, zu rechtfertigen. Es ist noch ferner ein Akt erwähnt worden, sowohl im Eingange, als am Schlusse der Anklageakte, nämlich der Konflikt vom 16. Okt. v. J. Ich glaube keiner Handlung in meinem Leben mich weniger schämen zu dürfen, als dieser. Wir hatten zwei Sitzungen an dem Tage, beiden Sitzungen habe ich beigewohnt. Die Abendsitzung fing um 5 Uhr an. In der Zwischenzeit befand ich mich zum Essen im Mylius Hotel; meine Familie war abwesend; da kam die Nachricht von dem unglücklichen Aufstande, und es schwebten uns die Folgen, welche daraus entstehen konnten, lebhaft vor Augen.

Es waren nämlich zwei Attaken vorhergegangen. Dann kam die Bürgerwehr durch ein Mißverständniß in die Straße, und es wurde unbedachtsam geschossen. Dies hatte zu einer ungeheuren Aufregung geführt; es war eine große Menschenmenge versammelt, die Arbeiter waren dadurch in Aufregung gerathen. Es bestand nur eine unbedeutende Barrikade. Dort habe ich zu ihnen geredet, daß sie diese wegräumen möchten. Sie entfernten sich auch. Ich glaube, daß ich meine Bürgerpflicht gethan habe. Man kann nicht weniger verlangen. Alle Organe, mit Ausnahme eines Einzigen, das auf Denunziantenart jetzt Aehnliches thut, haben dies damals auch lobend erwähnt. Mein Kollege Berends hat in demselben Sinne gesprochen. Aber da ich sehe, daß dergleichen zu meinem Schaden in gerichtliche Akte aufgenommen wird, so habe ich Zeugen vorgeschlagen, die bekunden werden, was ich gesprochen habe.

Ferner wird das Begräbniß so dargestellt, als ob wir offenen Aufruhr predigten. Es kann mich kaum etwas mehr empören, wie dergleichen. Es hatte nämlich die **Vossische Zeitung** den Vorschlag gemacht, sie sagte: hier ist keine politische Farbe; freuen wir uns, daß es vorüber ist, und bestatten wir unsere Todten gemeinschaftlich, dies war auch meine Ansicht. Ich habe es in der Nationalversammlung, wo davon die Rede war, als der Antrag von der Minorität der Petitionskommission gestellt wurde, ausdrücklich ausgesprochen: Dies ist ein Versöhnungsakt. Deshalb verlangen wir eine gemeinschaftliche Beerdigung; wir wollen feststellen, daß in Berlin ein Konflikt zwischen Bürgern und Arbeitern nicht mehr existire. Dies allein wollen wir feststellen. Darum ging die Linke mit, und darum ist sie nicht blos mit den Arbeitern gegangen, sondern da sie einmal zu verschiedenen Zeiten begraben wurden, auch mit der Bürgerwehr. Hierdurch war wohl aufs Deutlichste ausgesprochen, was die Leichenbegleitung zu sagen hatte. Ich bemerke, daß der Zug 2 Stunden gedauert hat, und der Staatsanwalt wird unmöglich sagen, alle die Begleiter haben Aufruhr im Sinne gehabt.

Was sonst in dem besonderen Theile der Anklage erwähnt wird, sind die Briefe von Görtz, Börner u. s. w. Ueber den einzigen Brief, den ich von Görtz habe, habe ich mich schon genügend ausgesprochen, ehe ich der deutschen Frage erwähnte. Es bleibt in der That von Allem, was gegen mich vorliegt, gar nichts mehr übrig, als allenfalls das Stammbuchblatt. Dies ist geschrieben worden in der letzten Zeit, als wir nach Auflösung der zweiten Kammer zusammen waren. Die Linke kam

damals noch mehrmals zusammen in dem Lokale von Jaroschewitz, weil die Konversationshalle gesperrt war. Bei dieser Gelegenheit habe ich mehrere Stammbuchblätter aufgeschrieben, namentlich auch dies. Ich kann darüber auch nichts sagen, als daß ihm nicht im Entferntesten die Bedeutung zu Grunde gelegen hat, zum Aufstande anzufeuern. Es galt dem geistigen Kampfe des Volkes, der uns bevorsteht, und der noch sehr lange fortdauern kann. Dies habe ich speziell bei Görtz so ausgedrückt, mit welchem ich in keiner näheren Verbindung stehe, als daß er auch Mitglied der Linken war und wir ihn gern hatten. Es hat die etwas kräftige Form auch ihren Grund darin: er war Garde-Offizier gewesen, war wegen demokratischer Gesinnung aus dem Militair entlassen, demnächst von der Bürgerschaft nicht nur zum Obersten der Bürgerwehr, sondern auch zum Volksvertreter gewählt. Von einem Manne, der eine solche Karriere gemacht hat und außerdem stark und kräftig war, kann man wohl voraussetzen, daß er für die demokratischen Interessen kräftig begeistert ist; und daß ich unter dem allgemeinen Kampfe den geistigen Kampf, der lange noch stattfinden wird, verstanden habe, ist wohl etwas ganz Natürliches. Es wird wieder erwähnt, er wäre, eingedenk dieses Stammbuchblattes, nach Baden gegangen. Ich aber setze von einem solchen Manne nicht voraus, daß er sich hätte dadurch bestimmen lassen, nach Baden zu gehen. Er schreibt sehr richtig in dem Briefe, nach dem Abende, wo er mit D'Ester abgereist wäre, in einem Zusatze, der den Satz näher erläutert: „D'Ester ist mit einem Passe, auf einen anderen Namen lautend, am 1. Mai von hier nach Dresden abgereist und dort somit zu guter Stunde angekommen.“ „Leider fürchte ich, daß auch die dortige Bewegung unterliegen und nur dazu dienen wird, den Unterdrückern neuen Muth zu verleihen.“ Daraus geht hervor: wenn er eine Bewegung in Sachsen schon nicht von der Art hielt, daß er hingehen wollte, so kann man bei ihm nicht voraussetzen, daß er sich später aus Veranlassung eines Stammbuchblattes hätte entschließen wollen, nach Baden zu gehen. Dies ist ihm sicherlich nicht eingefallen. Dazu kannte er zu gut meine Art und Weise, über diese Sachen zu denken. Aus diesem Stammbuchblatte würde man überhaupt bei der Untersuchung gar nichts machen können. Ich kann zum Schluß nur sagen, die D'Ester'sche Verschwörung ist in Nichts zerfallen. Es wird, wenn Sie die Briefe lesen, vollends festgestellt werden, daß diese nicht von D'Ester herrühren. Sie sind uns nicht mitgetheilt worden, und es besteht keine Verschwörung, von der ich Wissenschaft haben könnte. Das Gesetz aber verlangt eine zuverlässige Wissenschaft. Ich frage Jeden in der Welt, was hätte ich anzeigen sollen? Außer den D'Esterschen Briefen ist gar nichts da. Diese allgemeinen Geschichten hätte ich unmöglich anzeigen können, sie sind so allgemein, daß sie jedermann gewußt hat.

Präsident: Ihre Auslassung ist so vollständig und erschöpfend, daß ich keine Veranlassung finde, an Sie noch eine Frage zu stellen.

Staatsanwalt: Sind Sie nach Auflösung der zweiten Kammer mit D'Ester zusammen gekommen? Es ist behauptet worden, D'Ester sei nach Dresden gegangen, und habe sich in der Stube des Studenten Löwenberg den Bart abgeschnitten. Es wird behauptet, daß dies ein anderer gewesen sei; haben Sie in dieser Beziehung an D'Ester etwas bemerkt?

Waldeck: Ich habe bemerkt, als ich von D'Ester Abschied nahm, daß er einen Schnurrbart hatte, ob aber alles Haar fort war, vermag ich nicht anzugeben, rasirt war er nicht.

Staatsanwalt: Hat er Ihnen gesagt, warum er sich entfernt hat?

Waldeck: Wegen des Manteuffel! — Ich muß um Entschuldigung bitten — wegen der Mittheilung, die der Minister v. Manteuffel der zweiten Kammer machte. Man sagte es mir auch, daß man mich verhaften würde, und rieth mir, mich zu verbergen. Ich sagte aber, ich habe nichts zu verheimlichen.

Staatsanwalt: Wissen Sie etwas über die Gründe?

Waldeck: Nein!

Staatsanwalt: Was ist Ihnen von Hätzel bekannt?

Waldeck: Ueber den Standpunkt von Hätzel weiß ich nichts.

Staatsanwalt: Es ist bei demselben eine Kiste gefunden worden, welche D'Ester angehört. Nach der Aussage von Doktor Alexander.

Waldeck: Darauf wird bei der Vertheidigung zurückgekommen werden. Ich kann darauf nichts sagen. Es folgt auch daraus nichts. D'Ester hat uns damals erzählt, daß die ganze Geschichte mit den Granaten nichts sei.

Staatsanwalt: Sie haben angegeben, Sie hätten keine Klubs besucht.

Waldeck: Ich habe angegeben, ich wäre nicht Mitglied von Klubs gewesen.

Staatsanwalt: Klubs aber haben Sie besucht?

Waldeck: Klubs kann man das nicht nennen. Ich bin im vorigen Sommer in Bezirks-Klubs, die von Urwählern ausgingen, gewesen, wenn ich eingeladen wurde, und habe dort über Tagesfragen, z. B. über die Gemeinde-Ordnung, gesprochen. Ein einziges Mal bin ich in einem Klub gewesen, von dem ich aber nicht weiß, wie er geheißen hat. Ich traf den Deputirten Prebel, welcher dahin ging, um sich die Sache anzusehen. Die Klubs waren bekanntlich öffentlich. Ich wurde daselbst bemerkt und ersucht, etwas zu sprechen. Da habe ich auch einige Worte geredet.

Staatsanwalt: War der Klub nicht in der Leipziger Straße Nr. 48?

Waldeck: Dort waren alle Klubs, ich meine aber nicht den demokratischen.

Staatsanwalt: Es wird behauptet, am 7. September.

Waldeck: Dies ist unwahr. Der 7. September ist ein Tag, dessen man sich erinnert. Ich bin ganz zufällig, als ich vorbeiging, mit dem Deputirten Grebel zusammengetroffen, welcher mich veranlaßte, mit hineinzugehen. Es ist bei mir Prinzip, nicht in Klubs zu gehen.

Staatsanwalt: Erinnern Sie sich, wer die waren, die mit Ihnen im Café Bavière waren?

Waldeck: Ich kannte sie nicht. Es waren die Majore der Bürgerwehr.

Staatsanwalt: Welchen Grund hatten Sie, dort hinzugehen?

Waldeck: Wenn man nach Auflösung der Bürgerwehr hört, daß sich deren Majore versammeln, ist es natürlich, daß man hingeht.

Staatsanwalt: Erinnern Sie Sich, was dort gesprochen wurde?

Waldeck: Ich habe dies bereits gesagt. Ich habe mit vollster Bestimmtheit abgelehnt, ihnen irgend einen Rath zu geben, nicht aus Vorsicht, wie es hier heißt, sondern weil dies meine Ansicht überhaupt nicht ist.

Staatsanwalt: Haben Sie Bakunin gekannt?

Waldeck: Ich habe ihn einmal gesehen in Mylius Hotel.

Staatsanwalt: Hat er Ihren Sitzungen beigewohnt?

Waldeck: Es freut mich, daß ich darauf geführt werde. Es war die feste Einrichtung, die ich auch vorgeschlagen habe, sowohl bei Mylius, als in der Konversationshalle, daß Niemand Fremdes hereinkommen durfte. Weil der Andrang der Demokraten sehr groß war, wurde sehr streng darauf gehalten. Bei Mylius hatten wir die Vorzimmer für Speisen und Getränke und dergleichen. Wie aber der Andrang zu groß wurde, sorgte ich dafür, daß auch dieses Zimmer geschlossen wurde. Es war ein Hauptpunkt, den ich festhielt, daß Niemand zu uns hineinkam.

Staatsanwalt: Sie haben vorhin erklärt, Sie hätten gewußt, daß D'Ester und Reichenbach zu Mitgliedern des demokratischen Ausschusses ernannt wurden. Sind Ihnen die Beschlüsse desselben bekannt geworden?

Waldeck: Ich weiß davon nichts anderes, als was in den Zeitungen gestanden hat.

Staatsanwalt: Haben Sie mit D'Ester darüber gesprochen?

Waldeck: D'Ester hat eine unermüdliche schriftliche Thätigkeit. Nun habe ich es nicht anders vorausgesetzt, als daß dieser demokratische Kongreß sich immerwährend mit Literatur beschäftigte. Ich kann dabei anführen, daß während der Zeit, daß diese Sachen vorgefallen sind, D'Ester im Februar noch ein großes Buch geschrieben hat über die National-Versammlung. D'Ester ist ein Mann, der in schriftlicher Thätigkeit sehr stark ist. Ich wüßte auch nicht, was sie sonst hätten thun sollen. Ich habe D'Ester etwas verdächtigt, aber nur deshalb, weil die Sache sich nicht so herausgestellt hat.

Staatsanwalt: Haben Sie gewußt, wo das Bureau des Ausschusses war?

Waldeck: Ein Bureau habe ich nicht gesehen.

Staatsanwalt: Sie sind im Frühjahr dieses Jahres nach Dresden gereist. Zur damaligen Zeit stand ein bedeutender Antrag in der Kammer zu Dresden zur Berathung.

Waldeck: Ich bin in den Osterfeiertagen dort gewesen, da war aber keine Kammer. Am letzten Tage bin ich in der ersten Kammer gewesen, weil die zweite Kammer keine Sitzung hatte, denn es waren keine Deputirten da. In der ersten Kammer kam nichts Besonderes vor, es war sehr langweilig, einige Interpellationen.

Staatsanwalt: Sie sind mit Bakunin dort zusammen gekommen.

Waldeck: Nein, doch, ein einziges Mal, in einer bairischen Bierhalle.

Staatsanwalt: Sie haben eine Zusammenkunft gehabt mit Erbe und Genossen, auf Ihrem Zimmer. Der Kellner giebt an, daß es 16 Personen gewesen sind.

Präsident: Der Mann heißt Clausitsch, der hat gesagt, es wäre einmal bei ihm im Saale Besuch gewesen, der den Anschein einer Zusammenkunft gehabt habe.

Waldeck: Der Minister Rintelen war damals auch da. Auf unserer Stube ist Niemand gewesen. Wir haben nicht einen Tag Zeit gehabt. Drei Tage dauerte die Reise; an einem Tage haben wir eine Reise in die sächsische Schweiz gemacht, dann haben wir am 1. Tage, dem ersten Ostertage, einen Ausflug gemacht, und nachdem wir uns umgesehen hatten, den Nachmittag in Tharand zugebracht. Den folgenden Tag waren wir auf der Bastei; dann haben wir die Gemälde-Gallerie besucht, die den Tag wegnahm, und Abends fanden wir uns in einem baierischen Bierlokale, ich weiß nicht wie es heißt, es war voll von Menschen und da haben wir Deputirte kennen gelernt. Es war sehr natürlich, daß wir, wenn überhaupt Deputirte der Rechten dagewesen sind, mit den Deputirten der Linken gesprochen haben.

Staatsanwalt: Daß Sie Ohm nicht kennen, haben Sie gesagt. Er hat vorhin behauptet, Sie hätten am 31. Oktober die Depeschen dem Boten abgenommen.

Präsident: Es ist zur Vernehmung der Zeugen nicht vorgegangen worden. Indessen wir müssen wissen, wer hier gewesen ist, um die nöthige Abrede zu treffen.

(Zum Huissier.)

Wollen Sie die Zeugen eintreten lassen.

(Zu den Geschwornen.)

Meine Herren Geschwornen, die Vertheidigung des Ober-Tribunalraths Waldeck hat die sogenannten D'Esterschen Schriften lithographiren lassen, ich werde sie unter Sie vertheilen lassen, so weit sie reichen, weil es später darauf ankommen wird, den Inhalt dieser Briefe zu erwägen.

(Die Vertheilung dieser lithographirten Briefe an die Geschworenen, so wie der Eintritt der Zeugen erfolgt.)

Präsident: Die Zeit ist am heutigen Tage dergestalt verflossen, daß mit der Zeugenvernehmung nicht vorgeschritten werden kann. Es kommt mir aber darauf an, festzustellen, ob Sie sämmtlich erschienen sind, um mit Ihnen die nöthige Bestimmung treffen zu können, daß Sie am morgenden Tage zur rechten Zeit wieder erscheinen. Die in der Anklage benannten 28 Belastungszeugen und die 4 Zeugen, deren Vernehmung das Gericht für nöthig erachtet hat. Ich werde Sie sämmtlich bitten, die hier genannt werden, mir Ihre Gegenwart bemerklich zu machen.

(Die Aufrufung der Zeugen erfolgt, und es ergiebt sich, daß außer zweien durch Krankheit entschuldigten und einer Zeugin, welcher die Vorladung nicht zugekommen ist, von deren Vernehmung Abstand genommen wird, sämmtlich anwesend sind.)

Präsident: Meine Herren und Damen! Ich ersuche Sie, sich morgen pünktlich einzufinden, wo Ihre Vernehmung vorgenommen werden wird. Für heute sind Sie entlassen. Die Sitzung wird bis auf morgen um 9 Uhr ausgesetzt.

(Schluß der Sitzung $4\frac{1}{2}$ Uhr.)

Sitzung vom 29. November.*)

(Anfang früh $9\frac{1}{4}$ Uhr.)

Die heutige Verhandlung begann mit einer Fragstellung an Ohm. Derselbe verwickelte sich in seiner Auslassung über seine Flucht vom Molkenmarkte nach dem Bahnhofe und über die angebliche Begegnung mit Waldeck in viele Widersprüche. — Die Zeugenvernehmung begann hierauf. Vorher wurden sämmtliche Zeugen mit den allgemeinen Zeugenfragen über das Verhältniß der Zeugen zu den Angeklagten und der Untersuchung bekannt gemacht. Unter den Erschienenen wandte sich die Aufmerksamkeit des Publikums hauptsächlich den parlamentarischen Notabilitäten zu. Es waren die Herren Grabow, v. Unruh, der Staats-Prokurator Schornbaum, Assessor Bucher, Landrath Reuter u. A. — Die Wirthe des Ohm wurden demnächst zuerst vernommen. Sie bekundeten weder, daß Ohm mit d'Ester umgegangen sei, noch daß ein Dritter die bei ihm vorgefundenen Briefe in sein Pult gelegt habe. Sie konnten lediglich über seine Verbindungen mit Personen der untergeordnetsten Art deponiren. Demnächst wurden die Polizeibeamten, welche Ohm's Verhaftung bewirkt hatten, vernommen: die Polizei-Inspektoren Greiff und Maaß. Das scharfe Interrogatorium der Richter und des Advokat-Anwalt Dorn stellte bei Vernehmung des Greiff zunächst einen Umstand heraus, auf den sofort die allgemeinste Aufmerksamkeit sich lenkte. Der Befehl, Ohm „sofort“ zu verhaften, war am 14. Mai erlassen. Erst am 16. Mai früh führte der beauftragte Polizeibeamte den Befehl aus. Eben so wurden Widersprüche in der Darstellung der Umstände gefunden, die sich zugetragen hatten, nachdem Ohm dem Polizei-Präsidenten zugeführt und mit diesem von dem Beamten allein gelassen worden war. **Einen andern Mann, der sich bei dem Polizei-Präsidenten befunden, will Greiff nicht gekannt und erst gestern in ihm den Postsekretär Gödsche erkannt haben.**

Das Gericht beschloß hierauf den Polizeipräsidenten v. Hinckeldey, der sich hatte entschuldigen lassen, zu vernehmen. Die Sitzung wurde ausgesetzt, bis Herr v. Hinckeldey sich einfand. Das Gericht nahm an der Tafel Platz und Herr v. Hinckeldey trat vor mit den Worten: „Ich stehe zu Diensten!“ Der Vorsitzende des Gerichts entgegnete: „Dem Vorsitzenden des Gerichts steht die erste Ansprache zu, nicht Ihnen, dem Zeugen.“ Der Präsident verbeugte sich. Im Laufe seiner Vernehmung kam es zu ähnlichen Konflikten zwischen Gericht und Zeugen. Mehrmals berief sich dieser auf die Pflichten, die ihm sein Amt auferlege und die ihm geböten, den Anforderungen des Gerichts gegenüber bald diese, bald jene Rücksicht zu nehmen. Der Vorsitzende des Gerichts wiederholte mehrmals, namentlich als Hr. v. H. in seiner Auslassung auf die „scheußlichen Verschwörungen“ und Umtriebe der demokrat. Partei zu sprechen kann, der Zeuge stehe vor dem Richter und möge sich an die Sache halten. **Er verwies dem Zeugen öfter die Art seines Auftretens, sein Pochen auf den Tisch u. dgl.**

In der Sache selbst bekundete der Polizeipräsident: er habe es für seine Pflicht gehalten, den Postsekretär Gödsche, der ihm seit dem Dezember v. J. fortlaufende Mittheilungen über die Bestrebungen der Umsturzpartei gemacht habe, die Zusicherung zu ertheilen, daß dem Manne, welchem Gödsche seine Kenntniß von jenen Bestrebungen verdanke, Verlegenheiten in keiner Art bereitet werden sollten. Er habe durch sorgfältige Erkundigungen sich überzeugt, daß Gödsche ein rechtschaffener und treuer Diener seines Königs sei, seine Berichte hätten sich bis ins kleinste Detail bestätigt. Zu der Zusicherung in Bezug auf Ohm — erklärt der Präsident auf ausdrückliche diesfällige Frage des Vorsitzenden — habe er sich nach den Gesetzen für berechtigt und für verpflichtet erachtet. Als Ohm zu ihm geführt worden sei, habe er Gödsche rufen lassen, dieser habe ihn an seine Zusicherung Betreff Ohms erinnert, er habe, durch Personen mit welchen er ein dringendes Geschäft zu verhandeln gehabt, erwartet, beide, Gödsche und Ohm, in seinem

*) Wir beschränken uns in Bezug auf den zweiten Sitzungstag des Waldeckschen Prozesses auf obigen kurzen Auszug, da uns wegen der spät eingetroffenen Post die Zeit sehr kurz zugemessen ist. Wir werden das Versäumte nachholen. Red.

Wohnzimmer allein zurückgelassen, und als er zurückgekehrt, seien beide verschwunden gewesen. Später auf Requisition des Staats-Anwalts habe er Ohm's Verhaftung in Hamburg und Beschlagnahme von Papieren bei Gödsche bewirkt. — Ein neuer Konflikt zwischen dem Zeugen und dem Gericht erhebt sich wegen seiner künftig etwa nöthig werdenden Vernehmung. Der Polizeipräsident erklärt, sein Amt gestatte ihm nicht, die Vorladungen des Gerichts zu Hause zu erwarten; es sei möglich, daß er nicht erscheinen könne, wenn das Gericht ihn zu hören wünsche. Uebrigens versichert der Polizeipräsident ausdrücklich, daß er Gödsche niemals eine Belohnung für seine Dienstleistungen gegeben habe.

Dieses Verhör war auf das Gericht wie auf die Zuhörer von unbeschreiblicher Wirkung. Nach weiteren wenig erheblichen Verhandlungen war es vorzugsweise das Erscheinen Gödsche's, welchem die allgemeinste Aufmerksamkeit sich zuwandte. Es ist aus mancherlei Rücksichten nützlich, wegen seines Verhörs, das gegen 2 Stunden währte, lediglich auf die stenographischen Berichte aufmerksam zu machen. Nur einige Thatsachen mögen angeführt werden. Zunächst fiel das überaus rücksichtsvolle Benehmen Gödsche's gegen Ohm auf. Sodann legte Gödsche, mit großer Schonung jedoch, besonderes Gewicht darauf, daß Ohm, „vielleicht in Folge seiner leicht erklärlichen Erregtheit konfus gemacht," die Umstände über die Reise, die beide nach Hamburg gemacht haben, unrichtig vorgetragen habe. Ferner verdient bemerkt zu werden, daß Gödsche in Widerspruch mit Ohm's gestrigen Angaben erklärt hat: er habe dem Ohm als Mitarbeiter der „Neuen Preußischen Zeitung" monatlich ein Gehalt von 60 Rtl. ausgezahlt; auch folgerte der Vertheidiger Dorn aus einem noch nicht zur Sprache gekommenen, in der Anklage auch nicht erwähnten, aber von Ohm und Gödsche anerkannten Zettel, daß die **Intention vorhanden gewesen sei, Schriftstücke von d'Esters Hand zu erlangen, um andere danach anzufertigen. Endlich wurde nachgewiesen, daß Ohm dem Gödsche schon am 6. Mai den Brief oder doch den Inhalt des Briefes, welchen d'Ester geschrieben haben soll, mitgetheilt haben will, während die in dem Briefe erwähnte Flucht Bakunins nach der Anklage selbst, die sich auf jenen Brief stützt, erst am 9. oder 10. Novbr. stattgefunden haben kann.**

Gegen 5 Uhr wurde die Sitzung bis morgen früh vertagt. Schwerlich wird morgen das Zeugenverhör beendet werden können.

Berlin, 29. Novbr. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht, dem Kgl. sächs. Kammerherrn und Gesandten am K. K. österreichischen Hofe, v. Könneritz, sowie dem Herzogl. sachsen-altenburgischen Hauptmann und Adjutanten v. Seebach, den St. Johanniterorden zu verleihen. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem fürstlichen Oberförster Hoffmann in Seitendorf, Kreis Löwenberg, so wie dem fürstlichen Wirthschaftsinspektor Krause zu Hohlstein in demselben Kreise, die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen resp. silbernen und goldenen Ehrenmedaille des Hohenzollerschen Haus-Ordens zu ertheilen.

G. Berlin, d. 29. November. [Die Installation der Bundeskommission. — Würtemberg. — Sachsen.] Die Verzögerung des Zusammentritts der Bundeskommission entspringt besonders dem Umstande, daß Oesterreich früher verlangte, der Reichsverweser solle die Commission feierlich installiren. Dieß ward entschieden abgelehnt. Man wollte das Symbol des Bundestages nicht aufkommen lassen. Daß der Reichsverweser in Gegenwart der Commission abdicirt, ist um so unverfänglicher als seine Abdication ein Faktum, und ein angenehmes obendrein. Aber installirt soll nicht werden. Oesterreich ergiebt sich fast darein, daß die Installation nicht stattfinde, aber es will jetzt die Gegenwart der Bevollmächtigten anderer Staaten im Augenblicke der Abdication. Auch das giebt Preußen nicht zu, und Oesterreich wird sich fügen. Dieß Alles jedoch erklärt genugsam die Verzögerung des Zusammentritts der Bundeskommission. — Briefe aus Würtemberg, die man uns mitgetheilt hat, melden zwei Mitglieder selbst des gegenwärtigen Ministeriums seien für das Bündniß vom 26. Mai gewonnen. Römer agitire nach Kräften, aber der König sei entschlossen, sich lieber Oesterreich in die Arme zu werfen, als deutsch zu werden durch den Anschluß an den Bundesstaat. — In Sachsen sind alle früheren Collegen des Ministeriums von der Pfordten unser. Das Ministerium Held will das Bündniß vom 26. Mai. Carlowitz, Chef der früheren konservativen Partei, ist durch und durch großdeutsch, im Sinne der deutschen Verfassung. Also das Ministerium wird trotz der Insinuationen königlicher Thronrede die Majorität schwerlich erhalten, schwerlich bewahren, wenn sie durch einige Stimmen für einen Monat ihm zufällt. Dann — möge der König die Kammern auflösen und — österreichische Truppen ins Land rufen. — Aber haben wir dann nicht einen moralischen Sieg dreifach erobert, und muß das österreichisch occupirte Sachsen nicht früh oder spät, und ganz gewiß früh, mit heißen Sympathieen dem Bundesstaate zueilen? —

A. Z. C. Berlin, 29. Nov. [Tagesbericht.] Der Waldecksche Prozeß ist es eigentlich erst, der uns auch nach Seiten der Rechtspflege den riesigen Umschwung klar macht, den wir seit Jahr und Tag erlebt haben. Während sonst unsere geheime Justiz das neunmal verschlossene Thor war, aus welchem nur spärliche und kümmerliche Notizen über das Geschick ihrer unglücklichen Opfer — wir erinnern an die Prozesse Weidig und Jordan — in das Publikum drangen, ist der Prozeß Waldeck seit gestern ein Gemeingut des Volks geworden. Es gab gestern Abend kein öffentliches Lokal, in welchem er nicht besprochen, in welchem die Zeitungsberichte, insbesondere die stenographischen Bülletins nicht verlesen und diskutirt worden wären. Die letzteren erschienen bogenweise in Zwischenräumen einzelner Stunden und wurden dadurch nach langer Geschäftsstille eine reiche Ernte unserer kleinen fliegenden Buchhändler, die bis spät in die Nacht von Lokal zu Lokal trabten. Der Andrang bei dem Unternehmer jener stenographischen Bülletins, dem Buchhändler Hempel, ward zuletzt so stark, daß derselbe Schutzmänner requiriren mußte, deren ernsthaftem Einschreiten nicht ohne große Mühe die Aufrechthaltung der Ordnung gelang. Seit heute Morgen hat der Geschäftsbetrieb von Neuem begonnen und der „Prozeß Waldeck" wird dem Wanderer trotz Schneetreiben und 9 Grad Kälte in allen Straßen entgegengerufen. — Man erzählt sich, daß ein hochstehender Jurist noch am späten Vorabend des Waldeckschen Prozesses eine geheime Unterredung mit Waldeck halten wollte, was aber der Gefängnißschließer beharrlich verweigerte und somit den allfälligen Zweck vereitelte. — Gestern ist noch ein Engländer, welcher eigends von London abgesandt ward, um an den Waldeckschen Prozeß-Verhandlungen als Berichterstatter Theil zu nehmen, hier eingetroffen. Derselbe hat sich an den Kastellan des Kriminalgerichts gewandt und ihm 200 Rthlr. geboten, wenn derselbe im Stande wäre, ihm zur Erlangung eines Billets behülflich zu sein. — Dem Vernehmen nach beabsichtiget die Herzogin v. Orleans, deren Besuch man in diesen Tagen bei der großherzogl. mecklenburgischen Familie in Ludwigslust entgegen sieht, auch dem Hofe zu Potsdam mit ihren Kindern, einen Besuch abzustatten. — Allgemein wird erzählt, daß eine vorgestern in hohem Alter verstorbene höchst originelle Mamsell Thomas, Eigenthümerin zweier Häuser, deren eins dem königl. Schlosse gegenüber liegt, ihr ganzes sehr bedeutendes Vermögen unter der Bedingung dem Könige vermacht habe, daß ihre Leiche in der Domgruft beigesetzt werde, in welcher nur die Mitglieder des Königshauses stehen. Ihre armen Verwandten hat sie enterbt. — Gestern wollte man wissen, daß Mitglied der ersten Kammer, der Gerichtspräsident v. Gerlach, würde zum dessauischen Minister ernannt werden (?), dagegen verlautete heute auf dem Kammergericht, Herr v. Gerlach würde zum Kammergerichts-Präsidenten an Stelle des Kammergerichts-Präsidenten v. Strampf ernannt werden, **Letzterer dagegen nach Ratibor an Stelle des Präsidenten Wenzel kommen, welcher wieder in gleicher Eigenschaft nach Breslau versetzt werden sollte.**

C. B. [Eine russische Note.] Von der kaiserl. russischen Regierung ist dem diesseitigen Kabinet eine Note, datirt vom 19. November zugefertigt worden, in welcher, jedoch in sehr artiger Form, Bedenken geäußert werden, über die Art, in welcher die preußische Regierung auch jetzt noch, unter veränderten Verhältnissen, die deutschen Angelegenheiten zu regeln beabsichtigt. — Es ist nicht zu verkennen, daß diese Note dem Einflusse Oesterreichs und seinen Bestrebungen in St. Petersburg ihre Entstehung verdankt.

[Verschiedenes.] Die „Deutsche Volkshalle" will wissen, daß im Ministerium der geistlichen Angelegenheiten neue „Erläuterungen" als Antwort auf die Denkschrift der katholischen Bischöfe ausgearbeitet und zur öffentlichen Verhandlung kommen werden.

Der General v. Prittwitz hat, als Kommandeur des Garde-Corps dem Offiziercorps desselben den Wunsch zu erkennen gegeben, daß es sich an politischen Vereinen irgend welcher Art nicht betheiligen möge. (Sp. Z.)

Es ist bereits vor mehreren Monaten durch die öffentlichen Blätter bekannt geworden, daß damals die hiesigen Stadtverordneten Heinrich v. Gagern das Ehrenbürgerrecht zuerkannt haben. In den nächsten Tagen wird ihm die Urkunde darüber zugesandt werden, da nunmehr die zur Aufbewahrung derselben dienende Lade vollendet ist. Den Entwurf zu diesem Meisterwerke in mittelalterlichem Geschmack verdanken wir unserm Architekten Wanstrat; zur Ausführung der Arbeit haben nur hiesige Künstler mitgewirkt. — Das Kästchen besteht aus Eichenholz und ist mit Elfenbein und Silber verziert; besonders ausgezeichnet sind die in Elfenbein geschnitzten Figuren des Kaisers Karls des Großen und Otto I., wie die Silber-Embleme von unserm Goldarbeiter Jakobi; auf 7 Silberschildern sind die wichtigsten Tage aus dem Leben Heinrichs von Gagern eingegraben. Der Preis des Kunstwerks beläuft sich auf mehr als 1000 Rthlr., die durch freiwillige Beiträge gedeckt werden. (Konst. Z.)

P. C. Königsberg i. Pr., 26. Novbr. [Ministerial-Bescheide.] Nach dem hiesigen „Evangel. Gemeindeblatt" sind kürzlich zwei Ministerial-Bescheide hierher gelangt, welche einige in Verfolg der Verfassungs-Bestimmungen in der Praxis entstandene Zweifel zu beseitigen bestimmt sind. Die eine, von dem Herrn Minister des Innern, hat kürzlich bei Gelegenheit eines speziellen Falles sich dahin ausgesprochen, daß der **§ 131 des Anhanges zum Allg. Landrecht, nach welchem Kinder christlicher Eltern längstens binnen sechs Wochen nach der Geburt getauft werden sollen** und die demselben zum Grunde liegende allerh. Kabinetsordre vom 23. Februar 1802, durch die in der Verfassungsurkunde gewährleistete Freiheit des religiösen Bekenntnisses nicht aufgehoben seien, indem diese Bestimmung der Verfassungsurkunde nur einen Grundsatz feststelle, aus welchem die Nothwendigkeit der Einführung von Civilstandsregistern folge und zu dessen praktischer Ausführung daher ein in dieser Beziehung zu erlassendes Gesetz noch erforderlich sei. — Die andere spricht sich aus ähnlichen Gründen dahin aus, daß das Eheverbot wegen Standesungleichheit §§ 30 bis 33. Thl. II. Tit. 1 des Allg. Landr. durch den Art. 4 der Verfassungsurkunde noch nicht beseitigt, vielmehr auch in dieser Beziehung ein jenem Artikel entsprechendes spezielles Gesetz erforderlich und daß mit Ertheilung der im § 33 l. c. erwähnten landesherrlichen Dispensation der Justizminister beauftragt sei.

Düsseldorf, 29. Nov., Nachm. 2 Uhr. Sämmtliche Angeklagte des Neußer Zeughaussturmes sind freigesprochen. (Nat.-Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 27. Novbr. [Der gothaer Ausschuß.] Morgen bringt die „Deutsche Zeitung" die Ansprache des gothaer Ausschusses an die Partei. Die deutsche Sache — das ist der Kern der Ansprache — ist auf lange Zeit hin verloren, wenn Preußen sie aufgiebt; so lange Preußen sie nicht aufgiebt, muß die deutsche Partei mit Preußen gehen. Die gegenwärtige Lage der Dinge legt ihr die unbedingte Pflicht auf, an dem Beschlusse von Gotha festzuhalten. Das Aktenstück ist aus der Feder des Staatsraths Mathy, der sich der Sache mit einer wahrhaft bewundernswürdigen Thätigkeit gewidmet hat. (K. Z.)

Stuttgart, 26. November. [Programm über Eröffnung der konstituirenden Versammlung.] Bei dem Präsidium des ständischen Ausschusses ist gestern eine Note des Ministers des Innern vom 22. d. Mts eingelaufen mit der Benachrichtigung: daß letzterem von Sr. königl. Maj. der höchst ehrenvolle Auftrag geworden, die „verfassungberathende Versammlung" in Höchstihrem Namen zu eröffnen. Der Eröffnungs-Akt wird mit Verlesung des im Artikel 22 des Gesetzes vom 1. Juli und der k. Verordnung vom 12. November d. J. festgesetzten Eides begonnen. Nach feierlicher Verlesung der Eidesworte leisten die Abgeordneten von ihren Sitzen aus den Eid, indem sie mit aufgehobenen Fingern die Worte sprechen: „Ich schwöre es!" Ist der Beeidigungs-Akt vorüber, so wird die Thronrede vorgetragen. Die Regierung beharrt also auf dem in ihrer Verordnung vom 12. Nov. angeordneten, die Reichsverfassung nicht berührenden Stände-Eide. Achtunddreißig von 64 gewählten Abgeordneten, also über die Hälfte, hat diesen Eid für „verfassungswidrig" erklärt. Bevor zwei Drittheile, also 43 Mitglieder, den Stände-Eid abgelegt haben, kann die Versammlung nicht eröffnet werden, nicht berathen, nichts beschließen. Ob die auf den 1. Dez. einberufene verfassung-revidirende Stände-Versammlung ins Leben treten kann, hängt somit lediglich davon ab, ob die Achtunddreißig auf ihrer Weigerung beharren oder den Eid ohne die frankfurter Reichs-Verfassung am Ende doch zu schwören sich entschließen. (W. Z.)

Kassel, 27. November (1 Uhr Mittags.) [In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung] stellte und begründete der Abg. Pfeiffer II. folgenden Antrag: „Die hohe Staatsregierung zu ersuchen, allen ihren Einfluß dahin anzuwenden, daß während der Dauer des gegenwärtig in Schleswig-Holstein bestehenden Waffenstillstandes nicht in einer dem Interesse und Rechte der Herzogthümer widersprechenden Weise verfahren und bei den Friedensunterhandlungen **das von Deutschland anerkannte Recht der Herzogthümer Schleswig-Holstein auf politische Selbstständigkeit und ungetheilte Vereinigung, zu dessen Schutz Deutschland so befugt als verpflichtet ist, gewahrt werde.**" — Auf den Antrag des Abgeord. Lederer wurde alsbald zur Berathung geschritten und nachdem Abg. Rauh bemerkt hatte, daß

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu № 281 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 1. Dezember 1849.

(Fortsetzung.)

er es nicht für nöthig halte, der im Herzen des deutschen Volkes unzweifelhaft lebendigen Gesinnung noch einen besondern Ausdruck zu verleihen, der Antrag des Abgeordneten Pfeiffer alsbald mit allen Stimmen (außer der des Abgeordn. Rauh) zum Beschluß erhoben. Sodann ging die Versammlung zur Berathung des Bayerhofferschen Antrags wegen angeblicher Verfassungswidrigkeit des Anschlusses an das Dreikönigsbündiß und der Verordnung vom 25. Oktober d. J. über. Es sprachen die Herren Henkel, Nebelthau, Gräfe gegen die Inbetrachtziehung, die Herren Rauh, Bayerhoffer und Theobald dafür. Herr Henkel erwähnte, Hr. Bayerhoffer habe das Frankfurter Parlament stürmen wollen 2c.; es entstand darüber eine bedeutende Aufregung, und Herrn Henkel wurde durch Beschluß der Versammlung das Wort entzogen. Ein Beschluß über die Inbetrachtnahme war um 1 Uhr noch nicht erfolgt. (N. H. Z.)

Gießen, 24. November. Unser Ministerium hat die Einleitung zu den Reichstagswahlen getroffen und die Regierungs-Kommissäre zu den vorbereitenden Schritten aufgefordert.

Oesterreich.

* **Breslau**, 30. November. Weder die gestern fällige noch die neueste Wiener Post ist angekommen. (s. Lokales.)

Frankreich.

⨯ **Paris**, 27. November. [Neue Parteibildung. — Verhaftung von 46 Legitimisten. — Vermischte Nachrichten]. Zwei Dinge scheinen sich in diesem Augenblicke hier vorzubereiten; die Annäherung des Präsidenten der Republik an die Fraktion der Rechten, der Odilon Barrot, Molé und Broglie angehören, und sodann die Vereinigung der äußersten Rechten und äußersten Linken, die Allianz der Legitimisten mit den Rothen. Die Indizien der ersten Annäherung finden sich in einem Artikel des „Constitutionnel," der bekanntlich seit der Botschaft der Präsidenten, der fanatische Vertheidiger des Elysée geworden ist; sie finden sich anderseits auch in gewissen Schritten des Hrn. Molé. Was die Allianz der Legitimisten und Rothen anbelangt, so ist vorläufig gewiß, daß die Sprache der legitimistischen Journale immer bitterer gegen das Elysée werden. Ein wichtiges Ereigniß wird übrigens diesen versteckten Krieg bald zum Ausbruch bringen. In der Nacht vom 26. zum 27. sind nämlich 46 Legitimisten verhaftet worden, welche nach der Angabe der Polizei in einer Versammlung ein Komplot zu Gunsten Heinrichs V. organisirten. Unter den Verhafteten befindet sich ein Geistlicher aus der Pariser Parochie; die Uebrigen gehören der Mittel- und vornehmen Klasse an. Von Arbeitern hat sich nur Einer darunter befunden. Diese Verhaftungen haben große Bewegung hier hervorgebracht, und namentlich in der Faubourg St. Germain. — Es ist heute vielfach von einer neuen Ansprache des Präsidenten an die Präfekten die Rede, in welcher diese aufgefordert werden, seine Wiederwahl vorzubereiten. Sämmtliche Oppositions-Journale fordern das Gouvernement auf, sich über den Gegenstand zu erklären. — Der Präsident geht übrigens mit großen Plänen um. Zunächst handelt es sich unter Andrem darum, vier Ministerien abzuschaffen und nur fünf beizubehalten. Es frägt sich jedoch, ob die National-Versammlung diesen Plan gut heißen wird. — Die Generale Levaillant, Mognau und Fabrier haben die Gesandtschaften in Petersburg, Wien und Madrid erhalten; die militärische Suprematie in vollem Frieden erscheint allerdings sonderbar genug. — Der Staatsrath arbeitet ein Gesetz aus, Behufs Reduzirung sämmtlicher Nationalgarden. — In Turin ist Alles ruhig.

Lokales und Provinzielles.

* **Breslau**, 30. November. [Störungen des Verkehrs.] Das anhaltende Schneegestöber hat die Wiederherstellung eines regelmäßigen Verkehrs auf der Oberschlesischen Bahn leider gehindert. Seit gestern Mittag ist von Breslau aus kein Zug abgegangen. In der vergangenen Nacht traf der gestern Nachmittag fällige Wiener Zug ein. Der Mittags fällige Güterzug langte 7 Uhr Abends an. Es fehlen mithin folgende aus Oberschlesien abgehende Züge: der gestern Abend fällige Güterzug, desgleichen der Personenzug, und sämmtliche heutige fahrplanmäßige Züge. Laut telegraphischer Depesche aus Ratibor hat die Nordbahn gestern Abend keinen Zug aus Wien abgelassen. Die Administration der Oberschlesischen Bahn befindet sich noch ohne nähere Nachricht von der Strecke. Vermuthlich wurden auch von Oberschlesien aus heute keine Züge abgefertigt. Es scheint, als befänden sich die ausgebliebenen Züge in Brieg. Inzwischen dürfte der Lossener Durchstich unwegsam geworden sein. Auch scheint es, als sei die Bahn, sowohl zwischen Brieg und Ohlau, als zwischen Ohlau und Breslau unfahrbar. Eine seit gestern unterwegs gewesene leere Maschine wurde heut Morgen durch drei große Lokomotiven aus Kattern eingebracht, von wo aus dieselbe allein nicht weiter konnte. Eine Maschine, welche heut Morgen 10 Uhr von hier abfuhr, um möglichst bis Ohlau zu dringen, soll nach 5 Uhr Abends zurückkehren. Ob der morgende Frühzug wird abgehen können, ist sonach noch nicht zu bestimmen. Die Brief-Post wird durch Estafetten befördert.

Auf der niederschlesischen Eisenbahn scheint der Verkehr zwar erschwert, aber nicht gehemmt. Der gestern Abend fällige Tagszug blieb aus und traf erst heut Mittag zugleich mit dem Nachtzuge ein, der sich um etwa 3 Stunden verspätet hatte.

In unserer Stadt sieht es sehr traurig aus; der Schnee liegt Fuß hoch in den Straßen und das Fortkommen ist für die Wagen oft noch schwieriger als für die Fußgänger. Von Außen treffen die Besuche sehr sparsam ein. So fiel der Getreidemarkt heute ganz aus und der Viktualienmarkt war fast nur von hiesigen Händlern besucht. Die Fremdenliste ist heut ungewöhnlich winzig.

Mögen die Elementarstörungen bald behoben werden und die strenge Kälte, welche schon seit gestern nachgelassen, nicht wiederkehren.

---

† **Breslau**, 30. Novbr. [Polizeil. Nachr.] Am 27. d. wurden aus einer unverschlossen und aufsichtslos gewesenen Stube in dem Hause Nr. 55 in der Ohlauer Straße drei silberne Taschenuhren entwendet.

Am 29. wurde in Nr. 62 der Weißgerbergasse eine par terre befindliche Wohnung gewaltsam erbrochen und aus derselben die Summe von 178 Rtl., eine goldene Spindeluhr, zwei Paar goldene Schlangenohrringe mit Diamanten besetzt, eine goldene Tuchnadel, 6 silberne Eßlöffel, 6 silberne Kaffeelöffel, eine silberne Balsam-Büchse, ein silbernes Strickkörbchen, ein silberner Strickhaken in Form einer Lyra mit silberner Kette, ein Stirnband von weißen Steinen, mit silbernen Ringen verbunden und zu beiden Seiten eine fein gearbeitete Erbsenkette, 12 Stück goldene Fingerringe, worunter 4 mit Brillanten, ein Corallen-Halsband mit goldenem Schloß und Kapsel, eine neugoldene Broche, eine silberne Taschenuhr, ein silberner Ring und mehrere Kleidungsstücke gestohlen.

Als am nämlichen Tage früh nach 6 Uhr sich eine Tischlergesellenfrau nach dem auf der Hinterbleiche befindlichen Holzhofe begeben wollte, wurde sie in der Nähe der Klarenmühle von hinten angefallen und ihr die um den Leib gebundene Tasche, in welcher sich 6 Rtl. 15 Sgr. befanden, abgerissen und entwendet.

Seitens der hiesigen Stadtbaudeputation werden vom 26. d. bis incl. 1. k. M. bei öffentlichen Bauten beschäftigt: 30 Maurergesellen, 4 Steinsetzer, 9 Zimmergesellen und 205 Tagearbeiter.

Breslau, 27. Novbr. [Evangelischer Verein.] Vorsitzender ist Herbstein. Nach einer kurzen Debatte über eine vor 8 Tagen beantwortete Frage zwischen Wartensleben, Rhode und Weingärtner, folgen Böhmers Bemerkungen zu den Luthers Urbildlichkeit betreffenden Vortrage Dondorffs. Er lobt Inhalt und Form dieses Vortrages, sucht denselben aber zu ergänzen, indem er darstellt, daß Luther sein Muth angeboren sein mußte. Wohl hätten sich in Luthers Leben Anwandlungen von Furcht gezeigt; doch seien diese bald durch den in der Bibel wohnenden göttlichen Geist unterdrückt worden, für dessen Einfluß sein gläubiger Sinn empfänglich gewesen. Aus der Bibel sei dem Reformator ferner nicht blos das Christenthum bekannt geworden, sondern auch Christus, der Stifter desselben, selbst. Wie nun Luther dem persönlichen Christus treu gewesen sei, so möge auch ein evangelischer Verein Luther Christo unterordnen und mehr von diesem lernen, als von jenem. Nach diesem Vortrage erstattete Weingärtner Bericht über die 16 schriftlichen Mittheilungen aus dem Fragekasten, welche den Gottesdienst betreffen, nachdem er eine derselben, einen Brief über den Gottesdienst in der französischen, reformirten Schweiz, vorgelesen hatte, zu dem Möslinger eine Bemerkung über die dortige Abendmahlsfeier machte. Nach der in dem Berichte befolgten Ordnung schlug der Berichterstatter 21 betreffende Fragen zur Leitung der Verhandlung vor. Dieselbe wurde für folgende Versammlungen verschoben und nach kurzer Debatte unter Aenderung der Tagesordnung die Berichterstattung Schmeidlers über den Verlauf und das Ergebniß der an diesem Tage abgehaltenen Repräsentanten-Wahl zu Maria Magdalena angehört. (Vergl. die Zeitungen Nr. 279 und 280.) Darauf erklärte sich Schmeidler in Folge zweier Fragen über das Verhältniß der Union in Breslau, indem er auf die Arbeiten der betreffenden Kommission im Jahre 1821 und das Ergebniß der 1822 abgehaltenen Provinzialsynode, auf die Idee der Union, auf eine Schrift der meisten damaligen Geistlichen Breslaus beider Confessionen und auf die falschen Folgerungen hinwies, welche die Gegner der Union aus dem Gebrauche alter Ordinationsformulare gezogen haben. Räbiger beklagt einen in der Zeitung berichteten Vorfall im lutherischen Verein, bei welchem die Union lächerlich gemacht worden sei. Böhmer verlangt evangelische Freiheit für jede Richtung. Der Vorsitzende weist auf eine Stelle in dem Schreiben der wittenberger Konferenz hin, in welcher die volle Herrlichkeit der lutherischen Kirche wieder verlangt wird. — Worthmann erklärt in Entgegnung eines Wunsches aus dem Fragekasten, daß man die Denuncianten Herbsteins verklagen möchte, wir würden die Mittel nicht anwenden, welche wir an unsern Gegnern verachten. Sommerbrodt bemerkt, daß eine Klage auch nur möglich sei, wenn absichtliche Fälschung in der Denunciation vorhanden sei. Auf einen schriftlichen Antrag, daß der betreffende Vortrag Herbsteins gedruckt werde, erwidert Herbstein, ihm scheine das darin Gesagte dazu nicht wichtig und neu genug, auch habe er ohne vorherige Aufzeichnung desselben gesprochen; das Nöthige werde übrigens bekannt gemacht werden.

---

§ **Breslau**, 30. November. [Zweite Sitzung des Schwurgerichts.] Als Angeklagter wird der Dienstknecht Anton Grundmann vorgeführt, er ist des vierten Diebstahls beschuldigt. Die Vertheidigung hat der Justizrath Salzmann übernommen. Das Geschworenen-Personal bildet sich aus den Herren: K. W. Noack, K. Nährich, F. v. Wallenberg, K. Menzel, A. Höcke, v. Zedlitz, E. v. Elsner, Konrad, L. Müller, G. Gillert, H. v. Rosenberg-Lipinski und C. Hoffmann. Zu Ergänzungs-Geschwornen werden die Herren F. Häusler und E. v. Liers bestimmt. Vom Präsidenten befragt, giebt Inkulpat sein Alter mit 34 Jahren an, er ist kath. Religion, unverheirathet und, seinem Geständniß zufolge, bereits zum dritten Male wegen Diebstahls bestraft. Die Anklageakte ergiebt folgenden Thatbestand. Dem Bauern und Gerichtsmann Schmid im Dorfe Peiskerwitz wurde aus einer unverschlossenen Stube eine an der Wand hängende Uhr, im Werthe von 2 Thlr. 10 Sgr. und aus einem wohl verschlossenem Wandschränkchen die Summe von 3 Thlr. 12 Sgr. entwendet. Das Wandschränkchen war, wie eine spätere Untersuchung ergab, unter Anwendung von Gewalt erbrochen. Der Bestohlene schöpfte sogleich Verdacht gegen den Knecht Grundmann, welchen er vor 14 Tagen entlassen hatte. In Begleitung des Ortsschulzen suchte der Bestohlene den Verdächtigen auf und fand bei ihm die gestohlenen Sachen. Inkulpat gestand sowohl damals als in der Voruntersuchung das begangene Verbrechen ein. Bei der heutigen Vernehmung erklärte er, daß er unschuldig sei. Zwar giebt er auch heute zu, den Diebstahl verübt zu haben, doch behauptet er, die Schuld davon trage der Gerichtsmann Schmidt. Dieser habe ihm nämlich ein so schlechtes Dienstattest ausgestellt, daß es ihm unmöglich war, irgend wo Arbeit zu erhalten. Um nicht zu verhungern, habe er dir erwähnte That begangen. Die Erbrechung des Wandschränkchens stellt er in Abrede, er will nur die Thür des Schränkchens mit einem Stöckchen umgebogen und so das Geld herausgebracht haben. Es tritt als Belastungszeuge der Gerichtsmann Schmid auf, welcher den Hergang der Sache, wie er in der Anklageakte enthalten ist durch seine Aussagen bestätigt. Herr Staatsanwalt Meyer leitet aus dem Umstande, daß der bisherige Lebenswandel des Angeklagten ein durchaus unsittlicher war, den Beweis für die Schuld desselben ab. Inkulpat gestehe zwar die Verübung des Diebstahls, leugne aber die gewaltsame Erbrechung des Schränkchens. Im Laufe der Verhandlungen werde sich zeigen, wie wenig darauf ankomme, ob das Criterium der gewaltsamen Erbrechung erwiesen sei, da einmal vierter Diebstahl vorliege. Dennoch müsse die Staatsanwaltschaft beantragen, daß Inkulpat des vierten und zwar gewaltsamen Diebstahls für schuldig erachtet werde. Dagegen bemerkt der Vertheidiger, es werde hier wesentlich auf den Nachweis ankommen, daß nicht gewaltsamer sondern nur gemeiner Diebstahl Gegenstand der Untersuchung sei. Die gewaltsame Erbrechung werde nur durch den bestohlenen Gerichtsmann Schmid bekundet. Eine gerichtliche Untersuchung des Wandschränkchens an Ort und Stelle habe erst 10 Tage nach vollbrachter That stattgefunden. Wie Vieles könne da nicht selbst ohne Vorwissen des Eigenthümers geändert, wie leicht konnte nicht in seiner Abwesenheit durch irgend andere Umstände eine Erbrechung des Schranks erfolgt sein. — Endlich spreche das offene Geständniß des Angeklagten dafür, daß er auch in diesem Punkte die Wahrheit sage. Die Vertheidigung stellt daher den Antrag, ihren Clienten von der Schuld des gewaltsamen Diebstahls freizusprechen. Nach Abschluß des Resümés beabsichtigte der Präsident mit Rücksicht auf das Geständniß des Angeklagten in Bezug auf die allgemeine Thatfrage, die Geschwornen nur über den Umstand der gewaltsamen Erbrechung zu befragen. Dem widersprach die Staatsanwaltschaft mit dem Bemerken, daß die offenbare Begriffsverwirrung des Angeklagten über Schuld und Unschuld denselben zu der Behauptung veranlaßt haben, er sei unschuldig. Deßhalb sei den Geschwornen auch die allgemeine Schuldfrage zur Beantwortung vorzulegen. Der Gerichtshof tritt über diesen Einwurf in Berathung und entscheidet, daß folgende Fragen an die Geschwornen gestellt werden:

Ist der Angeklagte schuldig, dem Gerichtsmann Schmid ohne sein Wissen und seine Einwilligung, eine Uhr und die Summe von 3 Thlr. 12 Sgr. entwendet zu haben? Hat er die Entwendung des Geldes durch Erbrechung des Wandschränkchens bewirkt?

Von den Geschwornen wird die erste Frage einstimmig bejaht, die zweite einstimmig verneint. Die Staatsanwaltschaft gründet den Strafantrag auf § 1161 St. R., nach welchem das vorliegende Verbrechen mit lebenswieriger Zuchthausstrafe zu belegen wäre. Wie aus den Akten hervorgehe, habe Inkulpat bereits die Strafe des dritten Diebstahls verbüßt. Zwar wurde er damals wegen Ueberfüllung des Zuchthauses gleich in ein Correktionshaus gethan, und unmittelbar nach verbüßter 6monatlicher Strafhaft ohne Detention und eigentlichem Nachweis der Besserung entlassen. Allein man habe ihn nur in der Hoffnung freigegeben, daß er wirklich gebessert sei u. in ähnlichen Fällen sei bereits die Strafe des 4ten Diebstahls zur Anwendung gekommen. Die Vertheidigung stützt sich auf den erwähnten Umstand, daß Inkulpat noch nicht die ordentliche Strafe des dritten Diebstahls verbüßt habe und beantragt eine 6monatliche Zuchthausstrafe. Das Erkenntniß des Gerichtshofes verurtheilte den Angeklagten mit Rücksicht darauf, daß er die Strafe des dritten Diebstahls aus den oben angeführten Gründen noch nicht verbüßt habe, wegen dritten großen und zwar gemeinen Diebstahls zu dem Verlust der Nationalkokarde und zweijähriger Zuchthausstrafe nebst Tragung der Kosten. Der zweite Anklagefall konnte heute nicht zur Verhandlung kommen, da der Inkulpat erkrankt und vor den Schranken zu erscheinen verhindert war. In der morgigen Sitzung werden zur Verhandlung kommen: (8 Uhr) die Untersuchung wider den Buchdruckereibesitzer J. G. Hellwig wegen Aufforderung zum Aufruhr. (10 Uhr) wider den Lehrling Hugo Zink wegen zweiten gewaltsamen Diebstahls.

Breslau, 30. November. [Das Konzert des Herrn Smolár im Theater.] Die Blüthezeit des Virtuosenthums ist in Deutschland vorüber, jener wahnsinnige Rausch, der sich wie ein wilder Strom zur Lißt-Zeit über die Sinne des schönen Geschlechts ergossen hatte, ist verschwunden. Allein die wahrhafte Würdigung eines Künstlers ist damit nicht untergegangen, und wo eine solche sich zeigt, wird ihm die gebührende Anerkennung zu Theil werden. Daß diese Herrn Smolár in hohem Grade zukommt, wird jeder Kunstverständige, der das gestrige Konzert im Theater besucht, gern eingestehen. Das eminente Talent unseres Gastes offenbart sich zunächst in der wahrhaft überraschenden Freiheit und Leichtigkeit, mit der er das Instrument beherrscht. Das Klavier wird unter seinen Fingern zu einem belebten Werkzeug, das auf den Wink des Meisters die edelsten Melodien von sich giebt. Für Herrn Smolár scheint es keine Schwierigkeit auf dem Klavier zu geben; die schwierigsten Komplikationen werden mit einer erstaunenswerthen Sicherheit ausgeführt. Höchst effektvoll ist sein Oktavenspiel, das wir lange nicht in solcher Vollendung gehört haben. Dabei ist das Spiel elegant und ohne jede Affektation; wir hören den Künstler und werden durch keinerlei arrogante Manier in dem Genusse gestört. Auf den innern Sinn wirkt Herr Smolár aber hauptsächlich durch den tiefen Ausdruck, den er seinem Vortrag in sehr feiner Schattirung zu verleihen weiß.

Sämmtliche Piecen des gestrigen Konzerts haben ungetheilten Beifall gefunden. In dem Weberschen Konzertstücke schien uns das Orchester öfter die tempi zu rasch genommen zu haben. Leider hatte das überaus ungünstige Wetter nur ein kleines Publikum sich versammeln lassen. Wir wollen hoffen, daß das nächste Konzert zahlreicheren Besuch finden werde. T. P.

** **Liegnitz**, 28. Novbr. [Musikalisches.] Am vergangenen Sonnabend fand für diese Winter-Saison das erste vom Musikdirektor Tschirch veranstaltete Abonnements-Concert in unserm Theater statt. Dasselbe wurde mit einer Concert-Introductions-Hymne, für Solo, Chor und Orchester vom Concertgeber componirt, eröffnet, worauf derselbe eine Chopinsche Klaviercomposition „La ci darem la mano" mit der ihm eigenen Ruhe und Vollkommenheit vortrug. An diese schloß sich Meeresstille und glückliche Fahrt von Beethoven und den Schluß machte die erste Walpurgisnacht von Mendelssohn. Die Aufführung dieses kostbaren Werkes war eine im Ganzen recht gelungene, und hat dieselbe bei dem zahlreich versammelten Publikum jedenfalls einen guten Eindruck hinterlassen.

□ **Ratibor**, 29. Nov. Heute treffen hier die beiden ersten Kompagnien des 23. Inf.-Reg. aus Pleß, Neu-Berun, Hultschin und Oderberg kommend ein, halten einen Tag Ruhe und marschiren Sonnabend nach Neisse zurück. Nur in Mislowitz und in Tarnowitz verbleiben Kommandos vom 22. und 23. Reg. — Gestern trat hier eine Kommission zusammen, um, was schon lange dringend nöthig war, ein Feuer-Reglement zu entwerfen. Das Feuer-Reglement von Groß-Glogau soll zu Grunde gelegt und mit örtlichen Modifikationen angenommen werden.

(Oppeln.) Der Pfarrer Morawetz zu Klein-Strehlitz, hat seiner schwächlichen Gesundheitszustände wegen, die Enthebung der bisherigen erzpriesterlichen Verwaltung nachgesucht. Diesem Antrage ist Folge gegeben und an Stelle des zc. Morawetz der Pfarrer Scholz zu Rösnochau als Erzpriester des Archipresbyterats Ober-Glogau ernannt worden. — Der Rathsherr, Apotheker Polek zu Neisse, erhielt in Anerkennung seiner Verdienste um die dortige Kommune, den Titel Stadtältester. — In Ratibor wurden die seitherigen Rathsherren Cecola und Tlach, als solche wieder gewählt und diese Wahl bestätigt. — Die seitherigen Stadtverordneten, Büchsenmacher Julius Peterschütz und Schankwirth Friedrich Wiesner zu Pitschen, Kreuzburger Kreises, sind zu unbesoldeten Rathmännern erwählt und bestätiget worden. — Der katholische Schul-Adjuvant Johann Piela zu Jeschona, hat die Schullehrerstelle zu Kalinow, Groß-Strehlitzer Kreises, erhalten; und der Regierungs-Rath Bauer ist von hier zur königlichen Regierung in Merseburg versetzt worden.

Inserate.

Bekanntmachung.

Oeffentliche Tanzlustbarkeiten sind für die Zeit vom 10. bis 25. Decbr. d. J., beide Tage mit eingerechnet, in Gemäßheit der Verordnung der königl. Regierung vom 29. Juni 1843 (Amtsblatt S. 144) verboten, was zur Nachachtung hierdurch in Erinnerung gebracht wird.

Breslau, den 28. November 1849.

Königliches Gouvernement und Polizei-Präsidium.
v. Aschoff. v. Kehler.

Bekanntmachung.

In den Polizei-Verordnungen vom 3. Januar 1811, 8. Januar 1830 und 2. Februar 1839 ist bestimmt:

Schnee darf aus den Höfen nur auf die Straße geschafft werden, wenn ihn der Eigenthümer des betreffenden Hauses sofort aus der Stadt bringen läßt, und das Herabwerfen von den Dächern bei eintretendem Thauwetter ist unter derselben Voraussetzung entweder auf vorherige Ansage Seitens der Bezirks-Polizei-Beamten, oder nach vorausgegangener Meldung bei diesen Seitens der betreffenden Hauseigenthümer, jedoch nur am späten Abend oder frühen Morgen gestattet. Während der Dauer des Abwerfens müssen jedoch Aufseher auf die Straße gestellt werden, welche die Vorübergehenden von der Stelle, wohin der Schnee geworfen wird, abzuweisen, beim Vorbeipassiren von Pferden aber das Innehalten mit dem Abwerfen anzuordnen haben.

Die Uebertretung dieser Vorschriften wird ebenso, wie das Ausbreiten solchen Schnees auf der Straße, oder das Aufhäufen vor eines Nachbars Hause mit Geldbuße von 20 Silbergroschen bis zu 2 Thalern oder verhältnißmäßigem Gefängniß bestraft.

Diese Bestimmungen werden hierdurch zur Nachachtung in Erinnerung gebracht.

Breslau, den 30. November 1849.

Königliches Polizei-Präsidium. v. Kehler.

Bekanntmachung.

Die in den Straßen hiesiger Stadt angesammelten großen Schneemassen können weder von dem städtischen Marstall-Fuhrwerk, noch von den angenommenen Hülfsfuhren so schleunig fortgeschafft werden als dies zur Herstellung einer unbehinderten Passage nothwendig ist.

Wir ersuchen daher diejenigen unserer Mitbürger, welche Equipagen halten, zu dem vorgedachten Zweck durch Hülfsfuhren mitzuwirken und sich denjenigen anschließen zu wollen, welche bereits Fuhren gestellt und dadurch, wie wir dankend anerkennen, ihren Gemeinsinn bethätigt haben.

Plätze zum Abladen des Schnees sind:

1) hinter dem Selenkeschen Institut am Mäuseteich,
2) an der Magazinbrücke, Ende der Weißgerberstraße,
3) zwischen der langen und kurzen Oderbrücke,
4) an der Mittelmühle und
5) auf den Holzplätzen vor dem Ziegelthore und zwar am Oder-Ufer.

Breslau, den 30. November 1849.

Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Konstitutionelle Bürger-Ressource.

Tagesordnung zum 3. Dezember d. J.

1. Die Einkommensteuerfrage.
2. Die Zusammensetzung der ersten Kammer.

Aufforderung.

Am 25. September d. J., Nachts 2 Uhr, hat eine, wahrscheinlich durch Frevlerhand erzeugte Feuersbrunst in Deutsch-Wartenberg, Grünberger Kreises, 17 Bürgerhäuser und 28 Nebengebäude in Asche gelegt. Gegen 114 Personen haben dadurch ihre sämmtlichen Mobilien verloren und nur wenige haben die geringen Kleidungsstücke, welche sie auf dem Leibe getragen. — Die Noth und das Elend der Abgebrannten ist sehr groß, indem darunter theils viele unbemittelte Gewerbtreibende, die nun auf längere Zeit in ihrem Brodterwerbe gestört, theils hülfsbedürftige Ackerbürger sich befinden, die ihre sämmtlichen, zur Durchwinterung ihres Viehes erforderlichen Vorräthe eingebüßt haben. — Wir fordern daher die hiesige, zur Hülfe immer bereitwillige Einwohnerschaft hierdurch zu milden Gaben, sowohl an Geld als Kleidern und Wäsche für jene Unglücklichen dringend auf und bemerken, daß unser Rathhaus-Inspektor Reßler angewiesen ist, die eingehenden Spenden in Empfang zu nehmen.

Breslau, den 9. November 1849.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Einquartirung in der Odervorstadt!

Seit dem 1. Novbr. d. J. ist die Odervorstadt und der Sand mit Einquartirung von Gardelandwehr-Männern belegt, und soll diese daselbst noch bis zum 1. Januar 1850 verbleiben. Darüber, daß die Militair-Behörde Gründe haben muß, die Militairkräfte hieselbst auf einer bestimmten Höhe zu erhalten, wollen wir kein Wort verlieren, aber das erscheint uns wohl der Besprechung werth, warum gerade der ärmste Theil der Stadt in den Wintermonaten auf so enorm lange Zeit belastet wird, während die reichen Stadttheile in den Sommermonaten die Einquartirung los wurden. Der größte Theil der jetzt belasteten Bürger ist ganz arm, und kann zum Theil selbst nur mit großem Kummer die eigene Familie erhalten. Diesem Bürger ist es daher nicht gleichgültig, wenn im Winter, wo wenig oder kein Verdienst ist, einige Personen mehr aus seiner Schüssel essen, wenn er für so viel Personen mehr Lagerstätten bereiten muß, und wenn er für die Einquartirung ein besonderes Zimmer heizen muß. Es dürfte daher für die Militair- und Stadt-Behörden hierin schon ein genügender Grund vorliegen, eine Aenderung bald möglichst eintreten zu lassen. — Aber auch ein anderer Grund hiezu kann nicht verschwiegen werden. Die Bürger sehen zum Theil diese Einquartirung als eine Strafe an. Ob sie es sein soll, mag ununtersucht bleiben. Aber wenn diese Last eine Strafe sein soll, so trifft sie zum allergrößten Theil ganz Unschuldige. Man sehe die Wahlmänner von allen vorangegangenen Wahlen an, und man wird sich überzeugen, daß sie gerade in diesen Stadttheilen am günstigsten ausgefallen sind. Der Standpunkt, den einzelne Männer einnehmen, um ihre Mitbürger auf dem richtigen Wege zu erhalten, wird durch solche Belastungen leider für die Zukunft ein sehr bedenklicher. Diese Männer selbst müssen zuletzt in ihrem guten Willen wankend werden. — Mögen diese Andeutungen richtig aufgefaßt, und für meine Mitbürger baldigst einen Erfolg haben.

Nadbyl.

Schluß-Rechnung des Cholera-Comité des Vereins für gesetzliche Ordnung.

Laut unserer öffentlichen Rechnungslegung vom 19. April d. J. über die Verwendung der dem Verein zugeflossenen Gelder, war davon ein Bestand von ungefähr 460 Rthlr. übrig geblieben, welcher bei ferner eintretenden Nothständen zu Armen- und Kranken-Unterstützungen benutzt werden sollte. Die leider im Sommer d. J. mit größerer Heftigkeit wieder ausgebrochene Cholera nahm aufs Neue diesen Fond in Anspruch, und was davon nun noch vorhanden ist, soll jetzt im Sinne der ursprünglichen Geber, wie nachstehende Rechnung zeigt, verwendet werden.

	Rt.	Sg.	Pf.
Der Kassenbestand betrug am 19. April genau	473	14	3
Dazu trat noch:			
Geschenk der Frau J. R. Paur	3	—	—
anonym aus Parchwitz d. d. Exped. d. Schles. Z.	5	—	—
vom Violinist Herrn Zirpel Ertrag eines Konzerts in Warmbrunn	5	—	—
Zinsen von 1 eingew. Pfandbrief bis 15. Dez. d. J.	13	—	—
Coursgewinn bei Verwechsel. desselben 6½ %	32	15	—
	531	29	3
Dagegen ist ausgegeben:			
Inserate in die Bresl. und Schles. Ztg.	8	29	6
Druckkosten für Suppenkarten	4	14	6
Unterstützung an bedürftige Cholerakranke	10	—	—
Unterstützung an vier Cholerawaisen	10	—	—
Unterstützung an eine Wöchnerin	1	—	—
für 50 Strohsäcke in der Ohlauer Vorstadt	30	—	—
für Stroh ebendahin	15	13	6
für 1340 Port. Suppe durch Hrn. Peter vertheilt	55	25	—
Weinverabreichung durch Hrn. Peter nach ärztlicher Vorschrift	33	22	6
Armen-Unterstützungen	4	—	—
Courtage	—	15	—
An den Frauen-Verein zur Vermehrung der Suppen-Vertheilung	100	—	—
An den Verein zur Erziehung hülfloser Cholera-Waisen	100	—	—
Der Bestand zu einer beabsichtigten Weihnachts-Vertheilung an würdige Arme	157	29	3
	531	29	3

Allen geneigten Wohlthätern, insbesondere den verehrten Damen, welche uns in den schwierigsten Verhältnissen durch ihre aufopfernde persönliche Thätigkeit so eifrig unterstützt haben, sagen wir dafür nochmals unsern innigsten Dank.

Breslau, den 1. Dezember 1849.

Das Cholera-Comité des Vereins für gesetzliche Ordnung.

Für die Abgebrannten zu Pleß sind bei uns eingegangen: von J. L. B. E. 2 Rtlr., von K. 15 Sgr.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Theater-Nachricht.
Sonnabend den 1. Dezbr. 54ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 9ten Male: „**Rosenmüller & Finke**", oder: „**Abgemacht.**" Lustspiel in 5 Akten von Dr. C. Töpfer.
Sonntag den 2. Dezbr. 55ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. „**Der Wirrwarr**" oder „**Der Muthwillige.**" Posse in 5 Akten von August v. Kotzebue. — Zum Schluß, zum 3ten Male: „**Die Rückkehr des Landwehrmanns**", oder: „**Der Kurmärker und die Picarde.**" (2ter Theil.) Genrebild mit Gesang und Tanz in einem Akt von Dr. A. Cohnfeld.

Als Neuvermählte empfehlen sich hierdurch statt jeder besonderen Meldung:
August Peters.
Auguste Peters, geb. Kaerger.
Breslau, 27. November 1849.

Entbindungs-Anzeige.
Heut früh wurde meine Frau, geb. Katge, von einem gesunden Knaben entbunden, was ich Theilnehmenden hiermit ergebenst anzeige.
Breslau, 30. November 1849.
Ferdinand Arnold, Seifensieder.

Todes-Anzeige.
Nach Gottes unerforschlichem Rathschluß endete heute Morgen 3/4 8 Uhr unser guter heißgeliebter Vater, Bruder, Schwager und Großvater, Herr Gastwirth und Weinkaufmann Peter Menzel, versehen mit den heiligen Sterbe-Sakramenten, in stiller, christlicher Ergebenheit seine irdische Laufbahn. — Die Beerdigung seiner irdischen Hülle findet Montag den 3. Dezember früh 10 Uhr auf dem Mauritius-Kirchhofe statt.
Breslau, den 30. November 1849.
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.
Heut entschlief sanft an Brustleiden unser ältester Sohn und Bruder Theodor im 25. Lebensjahre. Diesen so schmerzlichen Verlust zeigt Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung und um stille Theilnahme bittend, hiermit ergebenst an:
Fr. Gombert, Töpfermeister, nebst Frau und Familie.
Breslau, den 30. November 1849.

Die Dose für **F. W. K—r.** ist fertig.

E. L. Sonnt. 2. Dezbr. Brief.

Bekanntmachung.
Zur anderweitigen Vermiethung des der Stadt gehörigen Platzes hinter dem Schuppen der Phönix-Mühle haben wir einen Termin auf
den 12. Dezember d. J., Vormittags 10 Uhr,
auf dem rathhäuslichen Fürsten-Saale anberaumt.
Miethslustige werden eingeladen, ihre Gebote in demselben abzugeben. Die Bedingungen sind in der Rathsdiener-Stube ausgehängt.
Breslau, den 23. November 1849.
Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Holz-Verkauf.
Auf dem Kämmerei-Gute Strehlitz, Kreis Namslau, sollen am **Mittwoch den 5ten Dezember d. J.** Vormittags 9 Uhr die für das Jahr 1849/50 zum Abtriebe kommenden Hölzer, bestehend in kiefernen und Fichten-Stammholz, desgleichen in Klafterholz, in Stockholz und Abraum, meistbietend bei einer baaren Anzahlung von einem Drittel des Gebotes verkauft werden, wozu wir Kauflustige hierdurch einladen.
Breslau, 23. November 1849.
Die städtische Forst- und Oekonomie-Deputation.

Bekanntmachung.
Bei der unterzeichneten Fürstenthums-Landschaft wird der diesjährige Weihnachts-Fürstenthumstag den 12. Dezember d. eröffnet und den 13. desselben Mts. der gewöhnliche halbjährliche Depositaltag gehalten werden.
Zur **Einzahlung** der Pfandbriefs-Interessen sind die Tage **vom 18. bis incl. 24. k. M.**, zu deren **Auszahlung** aber an die Präsentanten der Pfandbrief-Zins-Coupons die Tage **vom 28. Dezember d. bis 4. Januar k. J.**, während der Vormittagstunden **von 8 bis 1 Uhr**, — jedoch mit Ausschluß der dazwischenfallenden Sonn- und Festtage, — bestimmt.
Breslau, den 21. Nov. 1849.
Breslau-Briegsches Fürstenthums-Landschafts-Direktorium.
C. F. v. Studnitz.

Anzeige des Stähre-Verkaufs zu Grambschütz bei Namslau.
Der bezeichnete Verkauf findet hier, wie auch in Kaulwitz, wo sich gleichfalls mittelst der Grambschützer gezüchtete Stähre befinden täglich statt.
Auch sind bei beiden Schäfereien Zucht-Mutterschaafe zu verkaufen.
Grambschütz, den 26. November 1849.
Das gräfl. Henckel v. Donnersmarck'sche Wirthschaftsamt von Grombschütz-Kaulwitz.

Aufforderung

zu milden Beiträgen zur Veranstaltung einer Weihnachtsgabe für Hülfsbedürftige vom Verein für gesetzliche Ordnung.

Der Winter mit seiner Noth für viele schwer Bedrängte bricht wieder herein, und zugleich die Pflicht, den armen Bedürftigen hülfreich nach Kräften entgegen zu kommen. Wir haben im vorigen Jahre durch eine Vertheilung am Vorabend des Neujahrs manche Freude bereitet, manchen Kummer gelindert, und wollen es dieses Jahr wiederholen im Vertrauen auf die lebendige Betheiligung unserer mildthätigen Mitbürger und Mitbürgerinnen, sowohl durch Gaben als durch Mitwirkung bei deren Verwendung.

Bereits ist uns die Aussicht auf eine wesentliche Beihülfe durch den Ertrag eines patriotischen Festes eröffnet; der zu unserer freien Verfügung für milde Zwecke noch vorhandene Bestand aus den Mitteln unseres Cholera-Komitee's gewährt ebenfalls einen namhaften Betrag, wodurch schon ein guter Grund gelegt ist.

Wir richten deshalb hoffnungsvoll und mit Vertrauen die Bitte an Alle, welche unsere Wirksamkeit für das Wohl unserer bedrängten Mitbürger schon früher segensreich unterstützten: auch diesmal durch wohlthätige Beiträge den milden Zweck fördern zu helfen.

Unsere Schatzmeister Herr **Er. L. Müller**, Karls-Straße Nr. 36, der Kaufmann Herr **H. Löwe**, Schuhbrücke Nr. 78, die Buchhandlung **Josef Max u. Komp.**, Ring Nr. 6, sind bereit, jede Gabe, auch die kleinste, dankbar anzunehmen.

Je reicher die Spenden, desto größer wird die Zahl derer sein, welche einer unvorhergesehenen Freude theilhaftig werden. Zweckmäßige und sorgfältige Verwendung aller Gaben wird unser eifrigstes Bestreben sein, und wir werden darüber, so wie bisher, öffentliche Rechnung legen.

Möge Gott unserem Vorhaben segensreichen Erfolg verleihen.

Breslau, den 1. Dezember 1849.

Das Komitee des Vereins für gesetzliche Ordnung.
Credner. Fürst. Hahn. Molinari. Müller. Oettinger. Philippi. Rösler. v. Rosenberg-Lipinski. Ruthardt. Scharff. Sternaux.

Holzverkaufsbekanntmachung.
Am Dienstag, den 11. d. von Vormittags 10 Uhr ab sollen in der Brauerei zu Polnisch-Hammer circa 450 Stück Kiefern Bau- und Schneidehölzer, so wie circa 30 Stück Nutzholzbuchen aus dem Schlage an der Chaussee des Schutzbezirks Pechofen öffentlich meistbietend verkauft werden.
Dies wird mit dem Bemerken hierdurch bekannt gemacht, daß die Hölzer unmittelbar an der Chaussee liegen und von vorzüglicher Beschaffenheit sind. Der Förster Pittermann zu Pechofen ist übrigens angewiesen, sämmtliche Hölzer auf Verlangen vor dem Termin vorzuzeigen.
Am Mittwoch, den 12. d. werden um dieselbe Zeit ebendaselbst die Reste der trocknen Brennholzbestände aus sämmtlichen Schutzrevieren der Oberförsterei versteigert werden.
Polnisch-Hammer, den 29. Nov. 1849.
Königliche Forst-Verwaltung.

Die Steinkohlen-Niederlage
von
Hugo Meyer
auf dem **oberschlesischen Bahnhofe**, nächst der Strehlener Barriere, verkauft zu nachstehenden Preisen:
Bei gleichzeitiger Entnahme
von 1—10 Tonnen à 26 Sgr. 6 Pf.
von 11—30 „ à 26 „ — „
von 31—50 „ à 25 „ 6 „
En gros Preise stellt die Niederlage auf direkte Anfrage.
Wegen des großen Schneefalls liegt die sonst gewohnte prompte Abfuhr der Kohlen außer den Grenzen der Möglichkeit und die geehrten Abnehmer werden deshalb um freundliche Nachsicht ersucht.
Die Niederlage wird keine Opfer scheuen, um sobald als möglich die größte Regelmäßigkeit wieder herzustellen.

Guts-Verpachtung.
Ein Gut nahe bei Breslau, mit lauter Kräuterboden, ist an einen cautionsfähigen, fleißigen Oekonom zu verpachten durch Gastwirth **Seidel** im Hôtel de Saxe in Breslau. Schreiben franco!

Schreib-Linien
auf starkem, gut geleimten Bütten-Canzlei-Papier, pro Buch 4 Sgr., offerirt:
F. L. Brade,
dem Schweidnitzer Keller gegenüber.

Meine Putz-Handlung
befindet sich von heute ab **Nikolai-Straße Nr. 75**, par terre, vis-à-vis der Tabakshandlung Brunslow und Sohn, und empfiehlt eine große Auswahl sehr billiger Hüte und Häubchen 2c.
H. Thomaschke.

Wiener Elysium.
Heute Abend Harfen-Concert.

Züchenleinwand,
den vollständigen Bezug von 1 Rtlr. 5 Sgr. an, verkauft unter Garantie der Echtheit die Leinwand- und Schnittwaaren-Handlung
Metzenberg u. Jarecki,
Kupferschmiedestraße 41, zur Stadt Warschau.

Diejenigen, welche geneigt sind, den Absatz eines Artikels zu übernehmen, der einen effektiven Gewinn von 25% für sie abwirft, wollen ihre Adresse, mit F. M. bezeichnet, in der Buchhandlung Stockgasse Nr. 28 in Breslau zur Weiterbeförderung franco abgeben.

Oberschlesische Eisenbahn.
Seitens des Spediteurs bei unserem hiesigen Bahnhofe, Herrn C. Schierer, ist der unterm 10. März 1848 publicirte Tarif für An- und Abrollen von Gütern in folgenden Positionen ermäßigt resp. festgesetzt worden:
für Güter III. Klasse und leere Faßtagen über 5 Ctr. von 1½ Sgr. auf 1 Sgr. pro Ctr.
für Güter IV. Klasse über 5 Ctr. von 3 Sgr. auf 2 Sgr. pro Ctr.
Breslau, den 28. November 1849.
Das Direktorium.

Große Ausstellung
von Gegenständen der schönen Künste, aus Florenz. Aus Marmor und Stein gehauen in natürlicher Farbe. Zu sehen im Hause des Herrn Immerwahr, auf dem Ringe.
Der Unterzeichnete zeigt dem Publikum und den Freunden der schönen Künste an, daß er von der Gesellschaft der schönen Künste in Florenz ein großes Assortiment von Etruskischen und Mediceischen Vasen, Urnen aus Pompeji, Tassen, nach allen antiken Modellen in Rom kopirt u. s. w., empfangen habe, welche sich zu Verzierungen der Salons und Säle, der Vorhallen, Kaminetten, Konsolen u. dgl. eignen; desgleichen eine große Auswahl kleinerer Gegenstände der Phantasie, passend für sinnige Weihnachtsgeschenke. Alle diese Gegenstände sind zu verkaufen zu fixen, von der Gesellschaft bestimmten Preisen. Das Beschauen ist frei gestattet. — Der Verkauf der Kunstgegenstände beginnt heute und dauert nur durch 8 Tage.
Antonio Massini, Figuren-Fabrikant.

Fabrik
von Mode- und Industrie-Artikeln,
wie Berten, Coiffüren, seidene Schürzen, Sammtkragen, Handschuh-Garnirungen, Manchetten, Negligéhauben 2c. 2c.

Neuestes Band- und Spitzen-Lager.
Weiße Waaren en gros und en détail.
Gardinenzeuge jeder Art.
Bett-Decken.
Vorhemdchen und Halskragen für Herren in neuester Façon.

S. S. Peiser
in
Breslau,
Buttermarkt, im Leinwandhause, der Friedrichs Statue gegenüber.

Spitzen, Franzen und Berten zu Gardinen.
Zwirn-, Seiden- und wollene Handschuhe.
Fertige Unterröcke in grau und weiß.
Große Auswahl glatter und gestickter **Schleier.**

Großes Lager wollener und baumwollener Strumpfwaaren.
Sämmtliche Artikel bin ich im Stande in schönster Waare und größter Auswahl sehr billig zu liefern, wie folgende Preise den Beweis dafür geben. Sammt-Kravatten-Bänder à 5 Sgr.; Batist-Taschen-Tücher mit Kanten à 4 Sgr.; Mull- und Batist-Unterhemdchen à 7½ Sgr.; Schleier für 10 und 12½ Sgr.; wattirte Strümpfe von 7 Sgr., schwarzwollene von 9 Sgr. ab; Unterbeinkleider für Herren, Damen und Knaben für 15 und 17½ Sgr. 2c. 2c. 2c.
S. S. Peiser.

Aus Offenbach
empfing ich heute eine Sendung der neuesten
eleganten Lederwaaren,
als Brieftaschen, Cigarren-Etuis und Porte-Monnaies,
in der reichhaltigsten Auswahl zu den solidesten Preisen.
Joh. Urban Kern (Ring Nr. 2.)
Buch-, Papier- und Schreib-Materialien-Handlung
(vordem C. Magirus u. Habicht.)

Im Verlage der Unterzeichneten ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten: vorräthig bei **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau** und **Oppeln**, in **Brieg** bei **Ziegler**:

Geschichte des preußischen Staates und Volkes

für alle Stände bearbeitet von **Ed. Heinel.**

Fortgesetzt von **F. Kugler** und **K. A. Menzel.** 5. Band.

Neuere Geschichte. 2. Bd.

Vom Tode Friedrichs II. bis zum Ausbruch des Krieges von 1806.

Von **K. A. Menzel.**

Gr. 8. 48 Bogen. 2 Rthlr.

Auch unter dem besonderen Titel:

Zwanzig Jahre preußischer Geschichte.

1786 — 1806.

Von **K. A. Menzel.**

Gr. 8. 48 Bogen. 2 Rthlr.

Dieser Band umfaßt die sehr interessante und viele Vergleichungspunkte — namentlich in Betreff der deutschen Politik Oesterreichs — mit der Gegenwart bietende Periode der Einwirkungen der ersten französischen Revolution auf Deutschland und der durch dieselben herbeigeführten völligen Auflösung des deutschen Reiches. Die Darstellung dieser Zeiten und der Stellung Preußens in denselben zu Deutschland, Frankreich und Polen wird um so willkommner sein, je weniger bisher für dieselbe geschehen, und je unbekannter jene daher im Allgemeinen geblieben sind. Der Verfasser hat den Stoff größtentheils erst selbst sich aus den Quellen schöpfen und mit der nöthigen Beglaubigung versehen müssen. Er hat dabei den inneren Zuständen, den wissenschaftlichen und kirchlichen in gleichem Maße, wie denen des Verwaltungs- und Rechtsgebiets — namentlich behandelt er die im Landrecht enthaltenen staatsrechtlichen Grundsätze und Verfassungs-Elemente mit besonderer Aufmerksamkeit — wie den Verhältnissen der äußeren Politik dieselbe Berücksichtigung geschenkt und kommt dabei nach beiden Seiten hin zu einem Ergebniß, das bedeutend abweicht von der durchaus ungünstigen Beurtheilung der preußischen Staatshandlungen durch Manso und Schlosser. So dürfte denn dies Werk bei dem regen Interesse für Politik, die doch nur aus der Geschichte verstanden werden kann, bei der bedeutsamen Stellung in Deutschland, zu welcher Preußen berufen ist, sich der weitesten Verbreitung empfehlen; um es daher auch solchen zugänglich zu machen, welche die früheren Bände der Heinelschen Geschichte nicht besitzen, haben wir unter dem Titel: „**K. A. Menzel,** Zwanzig Jahre preußischer Geschichte von 1786—1806 eine Separatausgabe davon veranstaltet, welche gleichfalls zu dem billigen Preise von 2 Rthlr. durch alle Buchhandlungen zu beziehen ist.

Zur Geschichte der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt.

Von **Max Duncker.**

Gr. 8. geh. 20 Sgr.

Berlin, den 10. November 1849. **Duncker u. Humblot.**

Der persönliche Schutz

mit den kolorirten englischen Original-Kupfern, **versiegelt** für **15** Silbergroschen.

Bei mir, dem Verleger der Originalausgabe der **Préservation personnelle** ist so eben hiervon eine ausgezeichnete Uebersetzung von einem praktischen Arzte unter dem Titel:

Der persönliche Schutz

von

Samuel La'Mert, M. D.

erschienen; medizinische Abhandlung über die Physiologie der Heirath, über die Schwächen und geheimen Krankheiten der Jugend und des reifen Alters, welche sich gewöhnlich in das Leben einschleichen und die physischen und geistigen Kräfte entnerven, das Gefühl vermindern und schwächen und die Kräfte der Mannbarkeit erschöpfen; mit praktischen Anmerkungen über die Behandlung der nervösen Krankheiten und der Unverdaulichkeit, sei es, daß sie aus oben genannten Ursachen, oder eines zu emsigen Studiums oder aus dem Einfluß der tropischen Klimate herrühren; über Beklemmung und alle anderen sich unvorsichtiger Weise zugezogenen Krankheiten.

Mit den englischen Original-Kupfern, darstellend die Krankheiten der Zeugungsorgane, ihre Konstitution, ihren Gebrauch und Funktionen, und die Uebel, welche geheime Gewohnheiten, Ausschweifung unn Ansteckung verursachen.

Die Ausschweifungen sind immer verderblich, und die Gaben der Natur, die man mäßig genießt, werden durch Mißbrauch eine Quelle von Unglücksfällen, die mehr oder weniger die Lebenskräfte zerstören.

Das Werk enthält eine sorgfältige und vollständige Beschreibung der Erzeugungsorgane im gesunden und kranken Zustande, und die Mittel sich zu schützen; es verdient mithin die größte Aufmerksamkeit und das größte Studium.

Wenn ich sage, daß binnen Kurzem von der Original-Ausgabe mehr als 80,000 Exemplare verkauft wurden, so ist dies das beste Lob, das ich meinem Freunde, dem Herrn Dr. La'Mert spenden kann.

Zu haben in **Breslau** bei **Graß, Barth u. Comp.,** Herrenstraße Nr. 20 und in **Antwerpen** bei dem Verleger **Max Kornicker.**

Durch alle Buchhandlungen ist zu haben: in **Breslau** bei **Graß, Barth und Comp.,** — **G. P. Aderholz,** — **Gosohorski,** — **F. Hirt,** — **U. Kern** — **Max und Komp.,** — **Schulz und Comp.,** — **Trewendt:**

Wetter und Witterung,

ihre Ursachen, Kennzeichen und Vorzeichen. Nebst einem Anhange über die Schicksale der Erde. Für Jedermann leicht faßlich und verständlich dargestellt von **Hermann Hager.** Mit 18 erklärenden Abbildungen. Gr. 8. Geh. 1845.

(Verlag von C. Flemming) ½ Thaler.

Fürs Menschenwohl!

Carl Baunscheidt's neuer **„Lebenswecker"**

zur natürlichen, sichern Heilung von Lähmungen (nach Schlagfluß), radikalen schnellen Befreiung von Rheumatismus, Ableitung im Nervenfieber und der Gehirnentzündung, Beseitigung der Mundklemme 2c. 4 Thlr.; sein **Blutegel-Instrumentchen,** welches den lebenden Blutegel ganz entbehrlich macht, 2 Thlr.; sein **Milchsauger** gegen schlimme Brüste, 25 Sgr., für Auswärtige mit Emballage 1 Thlr., ist gegen unfrankirte Einsendung des angegebenen Betrags von mir zu beziehen. (Die Portokosten der Sendung selbst sind sehr gering.) Sohl der **Lebenswecker** als auch das künstliche **Blutegel-Instrumentchen** sind so dauerhaft konstruirt, daß man mit einem einzigen dieser Instrumente viele Jahre hindurch unzähligen Leidenden zu Hilfe kommen kann; die beigegebenen Gebrauchs-Anweisungen sind so leicht verständlich, daß kein Zweifel bei der Anwendung übrig bleibt; die außerordentliche Verbreitung, deren sich diese Instrumente in den Rheinlanden erfreuen, wo sie fast jeder Arzt besitzt, in den meisten Familien zu finden und in Spitälern allgemein eingeführt sind, spricht wohl am Deutlichsten für ihre Bedeutsamkeit. **Baunscheidt's Milchsauger** für Wöchnerinnen zur gänzlichen Vermeidung schlimmer Brüste ist von den rheinischen Regierungen und Medizinal-Behörden nicht nur empfohlen, sondern von ihnen allen Aerzten, Hebammen 2c. zur Pflicht gemacht worden, die Anschaffung desselben bei jeder Wöchnerin zu veranlassen.

Robert Steiner in **Breslau,** Mauritiusplatz Nr. 7.

Coaks-Verkauf in der Gas-Anstalt.

Von heute ab werden die Coaks in unserer Anstalt zu nachstehenden Preisen verkauft:
großer Coaks pro Tonne Grubenmaaß 17 Sgr. 6 Pf.,
kleiner desgl. desgl. 13 Sgr.

Breslau, den 26. September 1849.
Direktorium der Gasbeleuchtungs-Aktien-Gesellschaft.

Zobel-Bisam-Muffe

empfiehlt als etwas Neues, Schönes und preiswürdig:

die Pelzwaaren-Handlung Carl Heinke,

Albrechtsstraße Nr. 13, neben der königl. Bank.

Formulare zu Prozeß-Vollmachten,

nach dem von dem **Anwalt-Vereine zu Breslau** entworfenen Schema sind sowohl in Folio als in Quart (Briefform) erschienen und zu haben bei

Graß, Barth und **Comp.** i. **Breslau.**

Verpachtung.

Ein Kaffeehaus nebst Kegelbahn, Billard, Tanzsaal, Garten und allem dazu nöthigen Inventarium ist in einer Provinzialstadt vom 1. Februar künftigen Jahres ab zu verpachten. Näheres weiset nach auf portofreie Briefe die Post-Expedition in Löwen.

Stearin-Kerzen

in mehreren Qualitäten,

Sorauer Wachskerzen

empfehle zur geneigten Abnahme.

F. W. Scheurich,
neue Schweidnitzer Straße Nr. 7.

Feinsten Peccoblüthen-, Perl- und Uxim-Thee, ächten Jamaica-Rum, ächten Batavia-Arak, Punsch- und Grogg-Essenz,
empfiehlt in vorzüglicher Qualität:

F. W. Scheurich,
neue Schweidnitzerstraße Nr. 7.

Echt amerikanische **Gummi-Schuhe** empfiehlt: **Emanuel Hein,** Ring Nr. 27.

Flanelle, 10/4 breit,
zu 15 und 16 Sgr.,
Schweidnitzer-Straße Nr. 19, an der Minoriten-Kirche.

Frische geräucherte

Kieler Sprotten

sind wieder angekommen bei

Carl Straka,
Albrechtsstr. 39, der königl. Bank gegenüber.

Ein eleganter **Schlitten** ist zu verkaufen Neue Sandstraße 13.

Ein guter dauerhafter **russischer Schlitten** steht billig zum Verkauf Matthias-Straße Nr. 5.

Mehlgasse Nr. 7 ist ein Schlitten mit Zubehör zu verkaufen. Das Nähere daselbst beim Eigenthümer.

Ein gut möblirtes Zimmer ist Büttnerstraße Nr. 25, este Etage, bald zu beziehen.

Hinterhäuser Nr. 10, eine Tr. hoch, werden alle Arten **Eingaben, Vorstellungen** und **Gesuche, Inventarien, Briefe** und **Kontrakte** angefertigt.

Zum Tanz (Nachkirmes)

Sonntag den 2. Dezbr. ladet ergebenst ein:
Seiffert in Rosenthal.

Gänzlicher Ausverkau.f
Gute Tabakspfeifen, Meerschaum- und gemahlte Köpfe, Dosen, Stöcke und vielerlei Sachen zu Geschenken verkauft billig **E. F. Dreßler,** Riemerzeile Nr. 14 im Durchgange.

Stähre-Verkauf.

Den 1. Dezember d. J. beginnt der Stähre-Verkauf auf meinem Gute Borislawitz, 2 Meilen vom Koseler Bahnhof. Die Heerde ist frei von jeder Krankheit. **Fölckel.**

Karls-Straße Nr. 38 ist die 2. Etage, bestehend in 4 großen Zimmern, Kabinetten, Entree und Beigelaß zu vermiethen und Ostern k. J. zu beziehen. Näheres bei
Emanuel Hein, Ring Nr. 27.

Ein Zimmer, neu möblirt und gut heizbar, ist Elisabet-Straße Nr. 1, erste Etage, zu vermiethen.

Ohlauerstraße Nr. 80 ist die erste und zweite Etage, jede aus 7 Stuben, Entree, Küche und Beigelaß bestehend; so wie ein Theil des Hausraums zu vermiethen und sofort resp. Termin Weihnachten d. J. zu beziehen. Im Auftrage:
Administrator **Kusche,** Altbüßerstraße 47.

Eine Wohnung von 2 Stuben, Küche und Zubehör, im ersten Stock, für 60 Rthlr., ist am 2. Januar zu beziehen, und das Nähere Herrenstraße Nr. 20, im Comtoir, zu erfragen.

Antonien-Straße Nr. 10, zwei Stiegen ist von heute ab eine möblirte Stube nebst Cabinet zu vermiethen.

Zwei möblirte Zimmer nebst Kabinets sind zu vermiethen und sogleich zu beziehen: Schweidnitzerstraße 17, 2 Treppen.

29. u. 30. Nov.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″7,33‴	27″7 98‴	27″8,73‴
Thermometer	— 3,3	— 0,5	— 0,7
Windrichtung	W	NW	WNW
Luftkreis	bed. Schnee	bed. Schnee	bed. Schnee.

Auktion in Breslau.

Den 1. Dezember Nachmitt. 2 Uhr, Breitestr. 42: Schnittwaaren, Filzschuhe.

Börsenberichte.

Paris, 27. November. 3% 57. 15. 5% 89. 95.

Berlin, 29. November. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner 3½% 95½ bez. und Gl. Krakau-Oberschlesische 4% 72 bez., Prior. 4% 85 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 51¾ à ½ bez. und Gl. Niederschlesisch-Märkische 3½% 84 bez. und Gl., Prior. 4% 93¾ bez., Prior. 5% 102¾ Gl., Ser. III. 5% 101¾ Gl. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 30 Br., Prior. 5% 88 Gl. Oberschlesische Litt. A. 3½% 109 Br., Litt. B. 105¾ Br. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106½ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½% 89 bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101½ bez. Posener Pfandbriefe 4% 100 bez., 3½% 90¾ Gl. Preußische Bank-Antheile 94 Br. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96½ bez. und Br., neue 4% 95½ bez. und Br. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 80½ bez. und Br., à 300 Fl. 112 Gl.

Mehrere Effekten, die zur morgenden Liquidation übrig waren, wurden heute zum Theil merklich niedriger verkauft, doch zeigte sich am Schlusse der Börse wieder eine festere Haltung.

Breslau, 30. November. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95½ Gl. Kaiserliche Dukaten 95½ Gl. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or 112 5/12 Br. Polnisches Courant 96½ Br. Oesterreichische Banknoten 93¾ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 102 Br. Freiwillige preußische Anleihe 106 11/12 Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthlr. 3½% 89⅓ Br. Breslauer Stadt-Obligationen 3½% 96¾ Gl. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 99¾ Gl., neue 3½% 91⅙ Gl. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½% 94 11/12 Gl., Litt. B. 4% 99 Gld., 3½% 93 Br. Alte polnische Pfandbriefe — — neue 95 5/12 Gld. Polnische Schatz-Obligationen 4% 80¾ Br. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 81 Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 79¾ Gl., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 109½ Gl., Litt. B. 106½ Gl. Krakau-Oberschlesische 72½ Gl. Niederschlesisch-Märkische 84 11/12 Br., Priorität 5% — — Serie III. — — Neisse-Brieger 40 Br. Köln-Mindener 95 Gld., Priorität 103 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 52 Br.

Redakteur: Nimbs.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.